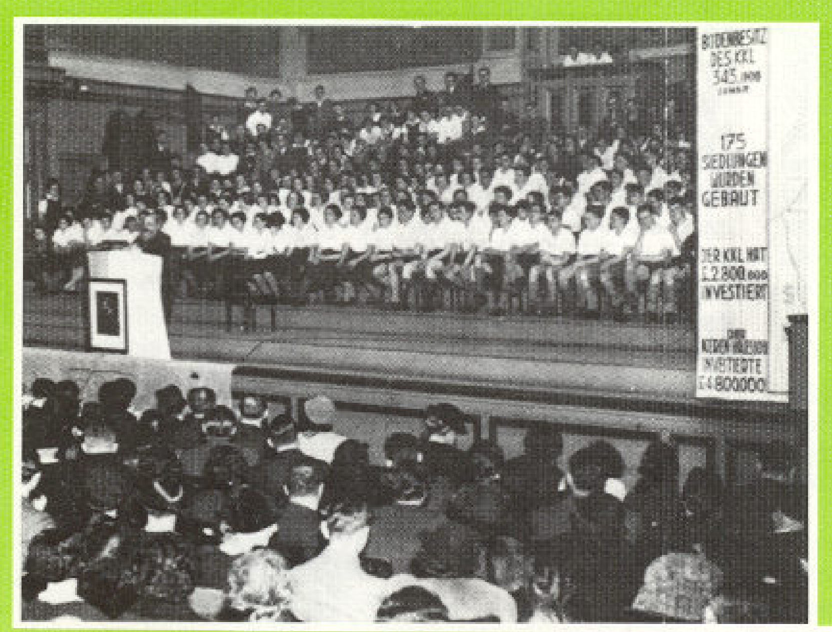
Historische Tatsachen Nr. 62

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich II. Teil



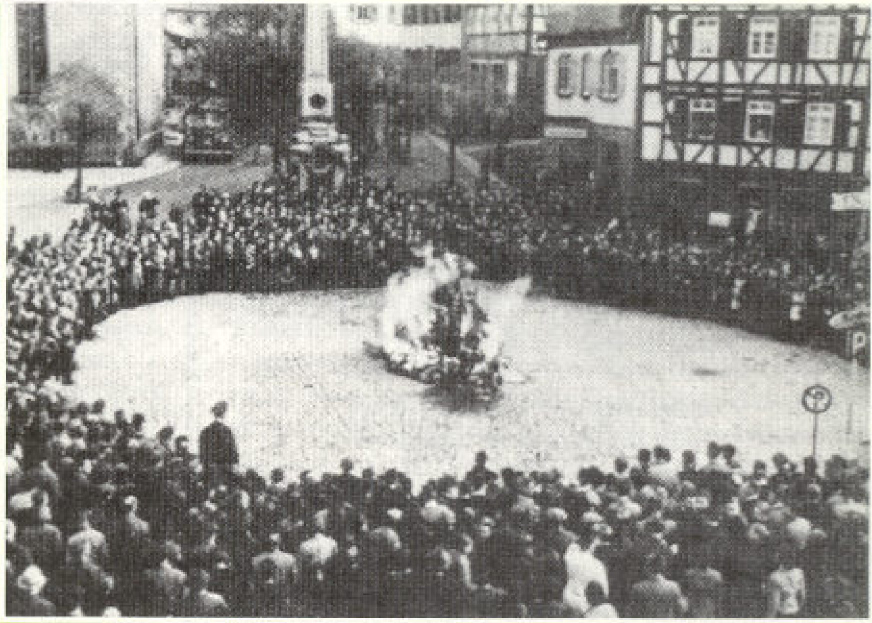
"Zionistische Kundgebungen
Am Rednerpult: Martin Buber
Die Vorbereitung auf eine Auswanderung und das Warten auf eine Einwanderungserlaubnis für Palästina dauerten oft Jahre. Dennoch: In der zionistischen Jugendbewegung Deutschlands herrschte Aufbruchstimmung."

Text u. Bild in: Günter Bernd Ginzel, "Jüdischer Alltag in Deutschland 1933 - 1945", Düsseldorf 1993, S. 122.

Diese Versammlung und zahllose andere im Dritten Reich veranstaltete jüdische Treffen in analoger Größenordnung fanden jeweils ohne jegliche Störungen durch Chaoten, Behörden oder ns-Organisationen statt. Dafür gibt es unzählige Fotodokumente, aber auch das Ausbleiben von Vorwürfen über Versammlungsstörungen seitens der in- und ausländischen jüdischen Presse sind historische Beweise hierfür.

Vergleicht man demgegenüber die permanenten Störungen und Verhinderungen von friedlichen Versammlungen rechter, nationaler Gruppierungen selbst kleinerer Art in der gegenwärtigen Bundesrepublik, die ohne gesetzwidrige Einwirkung von Geheimdiensten und dann auch Medien und "gesellschaftlichen Organisationen" gar nicht erklärbar sind, so setzt es immer wieder in Erstaunen, aus deutsch-jüdischen Quellen Beweise für einen beachtlichen Freiraum für ungestörtes jüdisches Eigenleben im Dritten Reich zumindest bis zum November 1938 präsentiert zu bekommen.

Dies mutet um so erstaunlicher an, als der Reichsregierung ja die damalige Kriegserklärung des Weltjudentums gegen Deutschland schon seit dem 24. März 1933 sowie die damit zusammenhängenden Folgemaßnahmen im weltweiten Maßstab bis zum eigentlichen Kriegsausbruch 1939 bekannt waren.



"Auf dem Marktplatz in Mosbach (Baden) ***wurden Einrichtungs- und Kultgegenstände aus der Synagoge am 10.11.1938 zu einem Scheiterhaufen aufgeschichtet und mit einem Freudenfeuer vor der versammelten Mosbacher Bevölkerung verbrannt. Im Hintergrund die Pfarrkirche."***

Text u. Bild in: Walter H. Pehle (Hrsg.), "Der Judenpogrom 1938 -- von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord", Fischer Taschenbuch Frankfurt/M 1992, S. 136.

Dieses Bild ist eine Fälschung! Dieses *"Freudenfeuer vor der versammelten Mosbacher Bevölkerung am 10.11.1938"* hat es nicht gegeben! Beweisführung siehe ***Historische Tatsachen*** Nr. 63, S. 18 ff.

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich II. Teil

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Viscount Rothermere -- ehemaliger Direktor der Pressestelle des britischen Informationsministeriums, britischer Abgeordneter, einer der mächtigsten Zeitungsleute der Welt, nach 1945 im Aufsichtsrat der Reuter Agentur -- bekräftigte im Jahr 1939 erneut, was er in ***Daily Mail*** am 28.12.1934 veröffentlicht hatte:

"Jeder ehrliche Mensch, der Deutschland in den Tagen vor Hitler kannte, wird einräumen, daß diese Taten ein Wunder nationaler Wiedergeburt darstellen. ...

Ich wiederhole, daß fast alle über das nationalsozialistische System selbst in unseren vertrauenswürdigsten Zeitungen veröffentlichten Nachrichten reiner Unsinn sind. Diese haben z.B. den Eindruck verbreitet, daß die deutschen Juden ein fast gehetztes Dasein führen. Ich habe aber in deutschen Hotels und Restaurants häufig fröhliche und festliche Gesellschaften deutscher Juden gesehen, die keine Anzeichen von Unsicherheit oder Leiden aufwiesen."

Viscount Rothermere, "Warnungen und Prophezeihungen", Zürich 1939, S. 201.

Israelische Staatsbürgerschaft nicht für Juden-Christen

"**JERUSALEM**, 26. März (epd).

Eine Jüdin, die sich zu Christus bekennt, hat kein Recht, unter Hinweis auf das gesetzmäßige »Heimatrecht des ganzen Volkes Israel« die israelische Staatsbürgerschaft zu beanspruchen. Das oberste Gericht in Jerusalem hat jetzt entschieden, daß die israelische Staatsangehörigkeit von Ausländern nur dann anerkannt werden solle, wenn sie mosaischen Glaubens sind und keiner anderen Religionsgemeinschaft angehören."

Übertritt zum Judentum soll im Ausweis stehen

"**JERUSALEM**, 25. Juni (dpa).

In den Ausweisen für Einwanderer in Israel, deren Übertritt zum Judentum »fraglich« sein könnte, soll künftig in der Rubrik »Nationalität« neben der Bezeichnung »Jude« in Klammern der Zusatz »konvertiert« stehen. Damit will Innenminister Izchak Peretz einen langjährigen Streit zwischen religiösen und weltlichen Parteien aus der Welt schaffen. Gebürtige und nach orthodoxen Bestimmungen konvertierte Juden sollen dagegen »normale« Ausweise erhalten."

Frankfurter Allgemeine, 26.6.1986

"Ich sehe heute ..., daß in Deutschland verbliebene Juden aus der Tatsache ihres Nicht-Ausgewandertseins einige Konsequenzen ziehen müßten. Sie haben die Fragen zu beantworten, ob sie sich als eine Auslandsorganisation des Staates Israel betrachtet und behandelt sehen wollen, oder aber als vorübergehend in Deutschland gastierende Auslandsisraelis, oder als deutsche Staatsbürger mit allen politischen Rechten und Pflichten, die das Bekenntnis zu Deutschland mit sich bringt."

Prof. Dr. Hans Schoeps

in: "Judentum in Geschichte und Gegenwart", hrsg. v.d. Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg 1961, S. 87.

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
D 32590 Vlotho Postfach 1643
1994

ISSN 0176 - 4144

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 -433 (BLZ 360 100 43)
Kreissparkasse Herford 250 00 2532 (BLZ 494 501 20)

Druck: Kölle Druck, D 32361 Pr. Oldendorf

Lageentwicklung zur "Reichskristallnacht"

Von 1916 - 1919 hatte Prof. Dr. **Chaim Weizmann** die Munitionslaboratorien der britischen Admiralität geleitet und war 1917 maßgeblich am Zustandekommen der Balfour-Deklaration (britische Zusage für eine nationale Heimstätte der Juden in Palästina) beteiligt. 1920 verkündete er in Jerusalem das Aktionsprogramm der radikalen Zionistischen Weltorganisation, deren Präsident er war:

"Wir werden in Palästina sein, ob Ihr wollt oder nicht. Ihr könnt unser Kommen beschleunigen oder verzögern. Es ist aber besser für Euch, uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die Welt in Gärung bringen wird." [1]

Die Zionisten[2] waren durch die Machtübernahme der NSDAP nicht gelähmt, sondern im Gegenteil zur Kampfkonzentration angespornt worden. Schließlich waren sie in ihren Wohnsitzländern -- den Weltimperialmächten und Versailler Nutznießerstaaten -- abgesichert und verfügten über alle weltumspannenden Verbindungen sowie wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen, die eine systematische Agitations-, Hetz-, Boykott- und schließlich Kriegspolitik für sie gefahrlos ermöglichten. Ihr Kampfziel war zwar vordergründig die Schaffung eines Staates Israel, doch ihr Ziel war seit *"den Erfolgen von Versailles"* sehr viel weiter gesteckt. Es schloß die Herrschaft über andere, diesmal europäische, Völker ein.

Vladimir Jabotinsky, 1880 in Odessa geborener, dann in Polen lebender Führer der Zionistisch-Revisionistischen Partei, hatte 1937 die Terroristengruppe Irgun Zwai Leumi gegründet, die selbst vor der Ermordung eigener Leute nicht zurückschreckte. Er übernahm in der von **Samuel Untermeyer** geschaffenen Weltboykottbewegung gegen Deutschland bzw. der "Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus" ("Ligue international contre l'antisemitisme" = LICA) die "Sektion Europa" und etablierte sein Hauptquartier in Paris, bediente sich aber auch offizieller polnischer Unterstützung. Der *"heilige Krieg gegen Deutschland bis zu dessen Vernichtung"* kam der damals in Polen herrschenden Mentalität durchaus entgegen. Kein Staatsanwalt griff wegen "Volksverhetzung" ein!

Jabotinsky selbst war es, der auf dem Zionistenkongreß in Prag vom 21.8. - 4.9.1933 den Eklat mit den dortigen Delegierten in Kauf nahm und auf einer Pressekonferenz erklärte, daß ihn das Schicksal der deutschen Juden in keiner Weise interessiere:

"Der Hitlerismus ist eine Gefahr für die 16 Millionen Juden in der ganzen Welt, und die deutschen Juden können uns nicht beeinflussen, unseren Feind zu bekämpfen. Unser Gegner muß vernichtet werden!" [3]

Von Deutschen gibt es solche Kampfparolen nicht, die ohne berechtigte Begründungen oder mit einem Hinweis auf die "Gefahr für die Millionen Deutschen in der ganzen Welt" jemanden zum Feind erklärten, der "vernichtet" werden müsse, obwohl klar wäre, daß dieser gar keine Möglichkeit hätte, die bezeichneten Menschen in der Welt zu bedrohen! Auch hatte es von Deutschen nie eine vergleichsweise volksverhetzende, in die Welt verschickte Meldung gegeben, wie sie ein Korrespondent im Frühjahr 1933 *"an einem außergewöhnlich ruhigen Abend"* einem New Yorker Blatt gesandt hatte, *"daß die Spree angefüllt sei mit treibenden Leichen von durch die Nazis ermordeten Juden"*.[14]

Wie aktiv indessen Jabotinsky bereits 1933 in diesen ***"unseren Krieg zur Niederwerfung des Hitlerismus im wortwörtlichsten Sinn"*** *("our hunting-down of Hitlerism in the fullest sense of the term")* verstrickt war bzw. ihn weltweit antrieb, ergibt sich aus seinen zahlreichen Publikationen und öffentlichen Auftritten:

" 'Der deutsche anti-jüdische Feldzug ist die wichtigste und ernsteste Entwicklung in den Generationen unserer (jüdischen) Existenz.... Wenn es dem Hitler-Regime gelingt, bestehen zu bleiben, ist die Welt-Judenheit zum Untergang verurteilt.'

Es war, wie er es darzustellen pflegte,

'ein deutsch-jüdischer Krieg, in dem die deutsche jüdische Gemeinde als solche nur eine untergeordnete Einzelheit ausmache. ... Das jüdische Volk finde sich nicht einer Partei innerhalb des deutschen Volkes von Angesicht zu Angesicht gegenüber, sondern mit der deutschen Nation als solcher, oder zumindest mit einer Hälfte von ihr. Bei den Wahlen am 5. März erhielt Hitler 17 Millionen Stimmen, und 17 Millionen sind keine Partei mehr.'

Nicht zufrieden damit, das Nazi-Regime in der jüdischen Presse herauszufordern, verbreitete Jabotinsky am 28. April 1933 über den polnischen Regierungssender in Warschau eine Sendung über den 'Hitlerismus und Palästina'. In polnisch und französisch rief er zum weltweiten Boykott Deutschlands auf und forderte die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, als der einzig angemessenen Antwort auf die hitlerische Bedrohung. Es geschah zum ersten Mal, daß einem ausländischen Juden erlaubt wurde, in einem polnischen Radioprogramm aufzutreten. Für Jabotinsky war es eine symbolische Geste, die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Polen und dem Judentum (Jewry) in der Bekämpfung der hitlerischen Weltbedrohung zu demonstrieren. ...

Diesem ersten Appell, das Dritte Reich zu bekämpfen, folgten 69 Massenveranstaltungen quer durch Ost-Europa, in denen alle Juden offen aufgerufen wurden, deutsche

1) *Jüdische Rundschau* (Zentralorgan der Zionistischen Bewegung, Berlin), 1920, Nr. 4; zitiert nach J.G. Burg, "Verschwörung des Verschweigens", München 1979, S. 12.

2) Beim Begriff "Zionisten" hat man hier zu unterscheiden zwischen jenen in den westlichen Imperialmächten und jenen in Palästina. Letztere hatten bis zum Ausbruch des Krieges sogar mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet.

3) Edwin Black, "The Transfer Agreement -- The Untold Story of the Secret Pact between the Third Reich & Jewish Palestine", New York - London 1984, S. 313. -- Vgl. auch *HT* Nr. 26.

Handelsgüter zu boykottieren." [4)]

Jeden Kontakt mit der *"Nazi-Regierung"* betrachtete er von Anfang an als *"kriminell"*:

"Der Hitlerismus bleibt eine Schweinerei trotz der Begeisterung von Millionen, was unsere Jugend in ähnlicher Weise beeindruckt, wie der Kommunismus andere Juden begeistert. Es ist eine sehr billige und allgemeine Art der Assimilation." [4)]

Und diese Assimilation insbesondere der deutschen Juden zu bekämpfen, war ihm seit Beginn seines Einsatzes 1924 -- also lange "vor Hitler"! -- Hauptanliegen.

"Besonders im deutschen Sprachgebiet, wo das Streben zur Anpassung an die deutsche Kultur seit 100 Jahren die Entwicklung des Judentums beherrscht hatte, war Zionismus in der Hauptsache der Kampf gegen die bewußte Assimilation, und die Differenzen innerhalb der zionistischen Bewegung ergaben sich fast nur aus der Problemstellung, bis zu welchem Grade die deutschen Juden sich willensmäßig noch als Deutsche oder wieder als Nationaljuden betrachten sollten." [5)]

Bereits frühzeitig hatte er auf den *"günstigen Sturm"* verwiesen, den es notwendigerweise anzufachen gelte, um den Palästina-Staat zu erreichen. Und dieser *"günstige Sturm sollte die Ausnutzung der tragischen Situation des Triumpfes des Nazismus in Deutschland"* sein, der als *"mächtiger Stimulus für eine Massenauswanderung der Juden nach Palästina genutzt werden müsse"*.[4)]

Jabotinsky hatte seinen Feldzug ständig intensiviert (*"he was incessantly looking for new channels for popularizing and activating the anti-Nazi crusade"*).

"Man kann eine Weltorganisation nicht ad hoc auf die Beine stellen, Weltorganisationen wachsen langsam. Gut, wir Revisionisten sind eine weltweite Organisation, die allmählich innerhalb von 10 Jahren dank unermüdlichen Bemühens angewachsen ist, und nun haben wir uns entschlossen, unsere Maschinerie der Anti-Hitler-Bewegung zur Verfügung zu stellen." [4)]

Sprach er noch 1932 von der Notwendigkeit einer *"Massenevakuierung"* der Juden in nächster Zukunft, um sein Wunschziel zu erreichen, so in späteren Jahren vom *"exodus"*, um "die Schuld" dafür insbesondere den Deutschen aufzulasten. Dabei handelte er nicht etwa als demokratischer Willensvollstrecker seiner Organisation:

"Als sich die Krise beim 17. Weltzionistenkongreß 1931 zuspitzte, löste Jabotinsky die gewählten Gremien der Revisionisten-Organisation auf und schuf eine provisorische Exekutive, deren tatsächlicher Diktator er selber war." [6)]

In den permanenten Presseprovokationen der LICA-Zentrale Paris tat sich besonders auch der jüdische Kommunist **Willi Münzenberg** hervor, der im März 1933 den sogenannten "Reichstagsbrandprozeß" aufzog. Der dort nach kommunistischer Manier verfügte Schuldspruch gegen die NSDAP bzw. Hermann Göring machte Münzenberg der Welt mit Hilfe seiner internationalen Freunde im "Braunbuch" bekannt.[7)]

Auf der gleichen Linie lag das Deutschland provozierende, weil verlogene und nur auf hetzerischen Schlagworten aufgebaute und den internationalen Presseagenturen zugeleitete Interview mit Prof. Albert Einstein, der die Verhältnisse *"des neuzeitlichen Barbarentums"* seit dem 30. Januar 1933 lediglich aus der freiwilligen Emigration beurteilen konnte.

Nachdem Zionistenführer **Vladimir Jabotinsky** im Januar 1934 in der jüdischen Zeitung Rumäniens ***Natscha Retsch*** bereits geschrieben hatte:

"Unsere jüdischen Interessen fordern eine definitive Ausmerzung (extermination) Deutschlands und auch des deutschen Volkes. Wenn das nicht geschieht, wird es eine Gefahr für uns. Und aus diesem Grund ist es unmöglich, Deutschland zu erlauben, unter einer opponierenden Regierung stark zu werden." [8)]

so schrieb derselbe Wortführer in derselben Zeitung am 1. Dezember 1934:

"Der Kampf gegen Deutschland wird von sämtlichen jüdischen Gemeinden, Tagungen, Kongressen, von den kaufmännischen Verbänden und von jedem einzelnen Juden geführt. Damit wird der Weltkampf gegen Deutschland ideologisch belebt und vorwärtsgetrieben. ... Unsere jüdischen Interessen verlangen, daß Deutschland endgültig vernichtet wird. Es soll nie wieder Kolonien erhalten, und es muß in kriegstechnischer Hinsicht für immer schwächer als alle anderen Länder bleiben. Die Gefahr für uns Juden liegt im ganzen deutschen Volk, in Deutschland als ganzem. Deutschland wurde -- bis auf die Zeit, wo es unter jüdischem Einfluß stand -- stets von Elementen regiert, die für das Judentum gefährlich waren. Und deshalb darf man nicht zulassen, daß Deutschland unter seiner jetzigen Regierung mächtig wird. Man darf also Deutschland die Kolonien, den Korridor und Schlesien nicht wieder zurückgeben. Man darf es vor allem nicht rüsten lassen. Für alle Zeiten muß es unschädlich gemacht werden. An diesem Kampf müssen wir Juden teilnehmen, und zwar mit aller Kraft und Macht, die uns zu Gebote steht. Dann werden wir in der Stunde der Entscheidung auch wieder den Ausschlag geben."

Chaim Weizmann sekundierte: **Befriedungspolitik mit Hitler** sei ***"schändlich"***. Auch er abeitete darauf hin, über einen militärischen Konflikt zwischen Großbritannien und Deutschland eine *"Erleichterung der Anti-Einwanderungsbestimmungen für Palästina"* zu erreichen.[9)] 1934 hatte er in Ablehnung weiterer jüdischer Palästina-Umsiedler aus Deutschland dem englischen Vermittler Colonel Meinertzhagen erklärt:

"Mich würde es wenig genieren, wenn über Deutschland die Cholera oder der Bolschewismus käme. Meinetwegen können über die Deutschen beide Plagen kommen. Eher will ich den Untergang der deutschen Juden sehen als den Untergang des Landes Israel für die Juden." [9)]

4) Joseph B. Schechtman, "Fighter and Prophet -- The Vladimir Jabotinsky Story", New York - London 1961, S. 214 - 221 + 338 - 339.

5) Richard Lichtheim, "Geschichte des deutschen Zionismus", Jerusalem 1958, S. 220.

6) Bernard Avishai, "The Tragedy of Zionism", New York 1985, S. 137 + 153.

7) Der eh. KPD-Spitzenfunktionär Franz Reichel gestand in einem privaten Schreiben nach Kriegsende, daß der eh. Generalsekretär der Komintern, Georgi Dimitroff, tatsächlich einer der Hauptdrahtzieher des Reichstagsbrandes gewesen war und dieser Brand als Revolutionsfanal für die bereits mit Waffen versorgt gewesenen Kommunisten gedacht war. Das Dimitroff freisprechende Reichsgericht in Leipzig habe insofern ein Fehlurteil gefällt. Faksimile in: Roland Bohlinger, "Gutachten zur Frage des sog. Wannsee-Protokolls", Viöl 1994, S. 111.

8) S.E. Castan, "Holocaust -- Jewish or German?", Porto Alegre, Brasilien 1988, S. 45 - 46 + 48.

Die gleiche Mentalität beim Präsidenten der Jewish Agency und Zionistischen Exekutive in Palästina (1948 Ministerpräsident Israels), **David Ben-Gurion**, der im September 1937 vor Führungskräften in Warschau erklärte:

"Sollte es zu einem Zusammenstoß zwischen den Interessen des jüdischen Staates und jenen der Juden im Galut (in der Diaspora) kommen, so müßten die letzteren geopfert werden." [10]

Nach der "Kristallnacht" leistete er sich im Führungskreis der Jewish Agency einen ähnlichen Spruch:

"Wenn ich wüßte, daß alle die jüdischen Kinder in Europa durch Ansiedlung in Britannien gerettet werden könnten, aber nur die Hälfte bei einer Ansiedlung in Palästina, würde ich die letztere Möglichkeit wählen." [11]

Für diesen Menschenfreund, wie auch für andere seines Schlages, zählten nicht einmal die eigenen Artgenossen bei der Durchsetzung seiner Ziele, wieviel weniger erst die verachteten Gojm!

Auch aus den USA gab es Schützenhilfe: ***The Youngstown Jewish Times*** aus Ohio vermerkte am 16.4. 1936:

"Nach dem nächsten Krieg wird es kein Deutschland mehr geben. Auf ein Signal von Paris werden Frankreich und Belgien ebenso wie die Völker der Tschechoslowakei sich zu einem tödlichen Angriff gegen den deutschen Koloß in Bewegung setzen." [8]

Daß die LICA David Frankfurter, den Mörder des NSDAP-Landesgruppenleiters in der Schweiz Wilhelm Gustloff (✞ 4.2.1936), nicht nur unterstützt, sondern zum Helden hochstilisiert hat, war erneut sichtbares Zeichen unermüdlichen Eifers in subversiver Bekämpfung Deutschlands mit "Welt"-Anspruch. Gezielter politischer Mord hat sich schon immer als Provokation mit zuweilen welthistorischer Auswirkung erwiesen.

Erst wenige Jahrzehnte liegt der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo 1914 zurücck, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatte.[13]

Ein Jahr später, am 30.4.1937, ***The American Hebrew***:

"Die Völker müssen zu der Schlußfolgerung gelangen, daß Nazi-Deutschland verdient, aus der Völkergemeinschaft ausgelöscht (eliminated) zu werden." [8]

Jacob Landau, prominenter Zionist und Leiter der ***Jewish Telegraphic Agency*** in London, beharrte im Winter 1937/1938 gegenüber dem früheren Reichskanzler Heinrich Brüning darauf:

"Der Kampf der Juden gegen die Nazis müsse auf der ganzen Welt mit allen Mitteln bis zur endgültigen Beseitigung Hitlers durchgeführt werden." [14]

Sich zuspitzende Entwicklungen

In 9 Bezugsverhältnissen spitzten sich für die "heiligen Krieger" in Paris, London, New York und Moskau im Herbst 1938 die Konfliktstoffe zu, die sie in Durchsetzung ihrer Ziele zur Vernichtung des souveränen Deutschland zu einer verstärkten Aktivität bzw. zu einem weltweit Aufsehen erregenden Schlag animiert haben.

(1.)

Neben der internationalen Ansehenssteigerung, die das ns-Deutschland in den Jahren 1935, 1936 und 1937 trotz Kriegführung der benannten Kreise erzielen konnte, brachte das Jahr 1938 durch den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes an das Reich mit Hilfe Frankreichs und Großbritanniens einen neuen bedeutenden Prestige- und Machtzuwachs. Die massiven Einwirkungsversuche des jüdischen Weltkongresses zur Verhinderung dieser Ereignisse waren gescheitert. Selbst die sich als kriegführende Nation verstehende Sowjetunion -- ihrem Sprachgebrauch zufolge galt *"Faschismus"* als *"höchste Stufe des Kapitalismus"* -- war im September in München ausgeschaltet worden. Damit sahen sich demonstrativ auch jene Kräfte in den USA brüskiert, die bereits seit Jahren den Bolschewisten geholfen haben, ihre zur Eroberung Europas angelegte Rüstungsindustrie aufzubauen.[12] Neue Strategien mußten ersonnen werden, wollte man das "Interesse der Weltöffentlichkeit" auf das seit 1933 mit verstärkter Intensität angesteuerte Ziel des "heiligen Krieges" lenken.

(2.)

Die im Jahre 1937 zunehmende Existenzbedrohung des Reiches infolge der

a) durch die Initiativen F.D. Roosevelts intensivierten USA-Politik, die der jüdischen Boykott- und Vernichtungsstrategie nunmehr regierungsamtlichen Charakter verlieh.[15] -- Am 1.10.1936 meldete die Pariser Zeitung ***Réveil du Peuple***:

"Bullitt ist in Paris eingetroffen, das bedeutet Krieg (Bullitt à Paris, c'est la guerre). ... Diese unter den gegenwärtigen Umständen erfolgte Ernennung (des neuen US-Botschafters) *bedeutet für Frankreich eine unmittelbare Kriegsgefahr mit Deutschland, denn W. Bullitt ist Sonderbeauftragter der großen jüdisch-amerikanischen Bank Kuhn, Loeb & Co, die den Krieg gegen Hitler so schnell wie möglich fordert. ... Der Augenblick ist nunmehr gekommen, der das Schicksal Israels bestimmen wird. ... Bullitt, der Mann der Sowjets und der jüdischen Finanzwelt, nimmt nun das Steuer unseres Landes in die Hand. Er wird über das Blut der Franzosen bestimmen. Seinem Glaubensgenossen Blum gewährt er einen Kredit von 15 Millionen Franken, unter der Bedingung, daß es zu einem Krieg mit Deutschland kommt ... Und Bullitt requiriert nun seine Söldner."*

b) auch von den Bolschewisten sowie der amerika-

9) Chaim Weizmann, "Trial and Error -- The Autobiography of Chaim Weizmann", New York 1966, S. 417.

10) J.G. Burg, "Schuld und Schicksal", München 1962, S. 72.

11) J.G. Burg, "Verschwörung des Verschweigens", München 1979, S. 13.

12) W. Keller, "Ost minus West = Null. Der Aufbau Rußlands durch den Westen", München - Zürich 1960, S. 241 ff.

13) 1982 nahm Israel den Mord an seinem Botschafter Argov in London zum Anlaß, einen Eroberungskrieg gegen den Libanon zu führen, obgleich kein Verantwortlicher dieses Staates mit dem Mord etwas zu tun hatte und Libanon nicht als kriegführende Nation gegen Israel gelten konnte. -- Vgl. R. Garaudy, "The Case of Israel - A Study of Political Zionism", London 1984, S. 129.

14) Claire Nix (Hrsg.), "Heinrich Brüning -- Briefe und Gespräche 1934 - 1945", Stuttgart 1974, S. 162 - 164.

15) 16.7.1937 Erklärung, daß *"überall in der Welt Interessen, Rechte oder Verpflichtungen der USA berührt"* seien, 5.10.1937 Quarantänerede, derzufolge Deutschland, Italien und Japan in Quarantäne zu nehmen seien. Unzweideutig zielte diese Politik auf Krieg mit diesen drei Nationen ab.

nisch-jüdischen Presse verschärften Tschechenkrise mit der Gefahr eines europaweiten Krieges,

c) weltweit betriebenen Aufrüstung, Ablehnung aller deutschen Befriedungsvorschläge und der im spanischen Bürgerkrieg sich abzeichnenden internationalen militärischen Frontenbildung

führten in Deutschland zu Reaktionen, die in zahlreichen Gesetzen zur Ausschaltung von Juden aus verschiedenen Berufen und der Wirtschaft ihren Ausdruck fanden. So u.a.: 28.3.1938 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kulturvereinigungen. Ihre Körperschaften des öffentlichen Rechts wurden in rechtsfähige Vereine des bürgerlichen Rechts umgewandelt. Damit entfielen öffentliche Bezuschussungen und Steuervorteile; 22.4. Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe; 26.4. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden; 20.5. Einführung der Nürnberger Gesetze in der Ostmark (Österreich); 14.6., 25.7., 27.9., 31.10. Dritte - Sechste Verordnung zum Reichsbürgergesetz (sie verfügten die Ausschaltung der Juden vom Börsenhandel, entzogen jüdischen Ärzten die Approbation zur Behandlung arischer Patienten, Rechtsanwälten und Patentanwälten die Berufserlaubnis); 6.7. Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung (es sah für Juden eine Beendigung der Gewerbetätigkeit zum Jahresende für Bewachung, Auskunfterteilung, Immobilien, Haus- und Grundstücksverwaltungen, Heiratsvermittlung und Fremdenführung vor); 17.8. die Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen schrieb für Juden jüdische Vornamen vor; 5.10. die Verordnung über Reisepässe von Juden verfügte die Eintragung eines "J" (diese Maßnahme war von der Schweizer Regierung veranlaßt worden, die mit Hilfe eines solchen Sichtvermerkes den Zustrom von Juden in die Schweiz zu verhindern suchte).

"Ziel dieser Gesetze war die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben durch Umwandlung der jüdischen Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluß mehr gestatteten",

so Reichsminister des Innern, Dr. Frick, in einem Schreiben vom 14.6.1938 mit einleitenden Ausführungen über die Ministerratssitzung vom 29.4. 1938.[16]

Bei alledem bleibt hervorzuheben, daß es bis Kriegsbeginn keine antijüdischen Filme in Deutschland gab. Der Film "Jud Süß" stammt erst aus dem Jahr 1940.[17]

(3.)

Als Ergebnis des Münchener Vertrages vom 29.9.1938, der die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland bewirkte, hatte die von F.D. Roosevelt und seinen Hintermännern in den USA intensivierte Kampagne zur Beendigung der "appeasement" -- Befriedungs- -- Politik gegenüber Hitler eingesetzt, was bereits Anfang Oktober zur Umstellung der britischen Haltung auf unverhohlenen Konfrontationskurs und Mobilisierung militärischer Koalitionen gegen das Reich führte.

Alle an dieser "Anti-München-Entwicklung Interessierten" -- zu ihnen zählten neben den außerordentlich aktiven jüdischen Organisationen in den USA auch die auf Weltrevolution bedachten Kommunisten -- waren mit ihren Weltorganisationen in dieses Kesseltreiben eingespannt und fühlten sich kraft ihrer internationalen Solidarität stark genug, um überall dort "zum Angriff zu blasen", wo es sich nur irgend machen ließ. Daß F.D. Roosevelt als Sprachrohr der ihn treibenden Lobby sich darüber im klaren war, provozieren zu müssen, um "die Öffentlichkeit" auf den von ihm gewünschten Kriegskurs gegen "die Diktatoren" -- für ihn gab es solche nur in Deutschland, Italien und Japan -- zu bringen, ist dokumentarisch reichhaltig auch schon für die Zeit lange vor 1939 belegt.[18] Wie aber provoziert man? Neben hetzerischen Verleumdungen und hiermit begründeten unberechtigten Ansprüchen beispielsweise mittels Geheimdiensteinsätzen!

(4.)

Die britische Regierung bereitete als Ergebnis der arabischen Aufstände zum Jahresende 1938/1939 eine neue Grundsatzplanung für die künftige jüdische Einwanderung in Palästina vor. Von ihr war bereits durchgesickert, daß London auf einem ungeteilten, mehrheitlich arabischen Palästina bei begrenzten Einwanderungsquoten zu beharren und dies in einem Weißbuch festzulegen gedachte. Das schließlich am 17.5.1939 veröffentlichte Weißbuch sah vor, innerhalb der folgenden 5 Jahre jeweils 75.000 Juden, in den darauf folgenden Jahren keine mehr in Palästina einwandern zu lassen und danach Einwanderungen von arabischer Zustimmung abhängig zu machen. Das Bekanntwerden dieser Einzelheiten löste in Palästina einen jüdischen Aufstand aus. Man führte auch hier Krieg.

(5.)

Im Oktober 1938 fand in Kairo ein Interparlamentarischer Kongreß der arabischen Staaten statt, der für ein grundsätzliches Ende der jüdischen Einwanderung nach Palästina votierte.[6] Dieser Beschluß konnte die langjährigen zionistischen Bemühungen auf ein jüdisches Palästina zunichte machen.

(6.)

Obgleich Neville Chamberlain nach außen hin sich dem amerikanischen und sonstigen Druck nach der Münchener Konferenz gebeugt und entgegen der Absprache mit Hitler ohne Konsultation auf "europäische Gleichgewichtspolitik", d.h. Rüstungserhöhung und militärische Koalitionsbildung gegen das Reich umgeschaltet hatte, blieb er dennoch bemüht, seinen Friedenskurs fortzusetzen. In diesem Bemühen unterstützte er intern die Vermittlungen und beabsichtigten Vertragsabsprachen des südafrikanischen Verteidigungsministers, **Oswald Pirow**, der sich im Auftrag von General Smuts, dem damaligen stellvertretenden Premierminister, Ende Oktober 1938 nach Berlin begeben hatte. In diese Gespräche war das Problem der jüdischen Auswanderung aus Deutschland unter Mitnahme von Hab und Gut inbegriffen. Da Deutschland infolge fehlender Devisen das jüdische Vermögen nicht in ausländische Valuta umwandeln und somit den

16) Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz: Rep 335/11/481. -- Zitiert nach Uwe Dietrich Adam, "Judenpolitik im Dritten Reich", Düsseldorf 1972, S. 177.

17) Walter H. Pehle (Hrsg.), "Der Judenpogrom 1938 -- Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord", Frankfurt/M 1992, Fischer Taschenbuch Verlag S. 180.

18) Vgl. *HT* Nr. 57 + 58.

Auswanderern mitgeben konnte, war mit Hilfe eines britischen Unterhausmitgliedes, Victor Cazalet, ein jüdischer Vorschlag unterbreitet worden, demzufolge amerikanische und britische Juden die Hälfte dieses Vermögens -- 500 Millionen Pfund Sterling -- in Form einer vom Reich aufzulegenden Anleihe zur Finanzierung der Auswanderung aufbringen würden. Pirow schrieb über diese Mission:

"In London war durch Smutsens Freunde so gut vorgearbeitet worden, daß ich meine Dienste Chamberlain gar nicht anzubieten brauchte. ...

Das waren also die Faktoren, die gegen Chamberlains Friedenspolitik kämpften:

Die maßlos erbitterte Propaganda des Weltjudentums,

der politische Egoismus von Churchill und seiner Handvoll Getreuer, die damals kaum über seinen Familienkreis hinausgingen,

die halbkommunistischen Umtriebe der Labourparty (Attley und seine Partei standen dem Kommunismus sehr nahe und wurden durch die jüdische Propaganda überall, wo es ihr paßte, eingeschaltet) und

die durch deutsche Verräter ermutigte Kriegshetze der Chauvinisten.

Im November 1938, als ich mit Chamberlain unterhandelte, war es dieser merkwürdigen Koalition noch nicht gelungen, seine politische Stellung zu erschüttern -- wie das später passieren sollte. Aber sie hatte das britische Publikum überzeugt, daß Hitler der größte Menschenschinder aller Zeiten sei und daß jede Unterhandlung mit ihm nur auf weitere Demütigungen hinauslaufen würde. Chamberlain ließ sich hierdurch nicht aus der Fassung bringen, denn er wußte, daß bei dem gewöhnlichen Briten letzten Endes die Furcht vor dem Zweiten Weltkrieg stärker sein würde als alle durch Propaganda geschaffenen Gefühle.

In diesem Sinne fuhren wir also fort, einen Auftrag für mich zusammenzustellen, der alle Keime eines Erfolges in sich hatte, als ein blödsinniger Zwischenfall alle unsere Pläne zerschlug: Am 7. November 1938 erschoß ein gänzlich unbekannter Jude einen ebenso belanglosen Sekretär der Deutschen Botschaft in Paris. Unmittelbar flammte der Antisemitismus im Dritten Reich zu nie gekannter Höhe auf. Am 9. November schlug man den Juden die Fensterscheiben ein, und ein paar Tage später wurden sie zu einer Kommunalstrafe von 1 Milliarde Mark verurteilt und aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Das Weltjudentum schäumte vor Wut. Der stärkste Druck wurde auf Chamberlain ausgeübt, nun sofort die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Ja, wie er mir trübe lächelnd erzählte, Lady Reading, die Witwe des früheren Vizekönigs von Indien, eine rabiate Zionistin, hätte ihm leidenschaftlich erklärt, sie sei mit nichts weniger zufrieden als mit einer Kriegserklärung gegen Deutschland. Zum Schluß mußte der Premierminister seinen Botschafter aus Berlin zurückrufen, um, wie es so schön heißt, Bericht zu erstatten. Hiermit war meine offizielle Mission ins Wasser gefallen."[19]

Daily Mail schoß in diese Gespräche Sperrfeuer mit der erfundenen Nachricht, Oswald Pirow vermittle für Deutschland ein neu zu errichtendes Kolonial-Empire mit afrikanischem Territorium, das den Franzosen, Portugiesen und Belgiern gehöre.[8]

19) Hans Grimm, "Warum - Woher - aber Wohin?", Lippoldsberg 1955, S. 189 - 193.

(7.)

Vereinzelte jüdische Kreise in den USA schienen im Herbst 1938 verstärkte Auswanderungsbemühungen für deutsche Juden zu unterstützen, wie der in jüdischer Hand befindlichen ***Washington Post*** zu entnehmen war.[20] Auch auf diplomatischer Ebene schien es gelungen, die USA dazu zu bewegen, eine Jahresquote von 27.000 aus Deutschland auswandernden Juden zu übernehmen.[20] Das American Joint Distribution Committee hat mit einer Spende von 100.000 Dollar bereits die Ausreise von 45.000 Juden aus Österreich finanzieren helfen.[21] Die zionistischen Kampfstrategen wie Weizmann, Jabotinsky, Wise und andere auch in den USA sahen in diesem Stimmungswechsel eine Gefährdung ihrer Palästina- und sonstigen Pläne.

(8.)

Es war bekannt geworden, daß Reichsaußenminister v. Ribbentrop in Auswertung des Münchener Vertragsklimas weitere freundschaftliche Regelungen mit Frankreich treffen und zu diesem Zweck nach Paris reisen wollte. Sogar ein Viererpakt zwischen Deutschland - Italien - Frankreich - Großbritannien war im Gespräch. Das paßte den Leuten um Winston Churchill, F.D. Roosevelt, Stefen Wise, Untermayer, Weizmann und Jabotinsky schon ganz und gar nicht.

(9)

Im Verlauf des Oktober 1938 bahnte sich eine deutsch-polnische Annäherung an, die in den westlichen diplomatischen Kreisen ***"die Befürchtung auslöste, Polen könnte die deutsche Seite wählen"***.[22]

Je mehr es Adolf Hitler gelang, Bürgerkriegsverhältnisse und Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beseitigen, soziale, kulturelle und außenpolitische Erfolgsbilanzen vorzulegen, desto kompromißloser und haßerfüllter artete Jabotinsky's und seiner Genossen Kampf aus. Hatten doch auch sie von Anfang an den sofortigen, dann alsbaldigen Sturz Hitlers vorausgesagt und daraufhingearbeitet! Stattdessen sahen sie sich der Lage gegenüber, daß Adolf Hitler Leistungen in Deutschland vollbrachte, die die ganze Welt bewundernd aufhorchen ließen und die das Machtgefüge in Mitteleuropa veränderten. Die Souveränität Deutschlands, die unter allen Umständen Untermayer's "Aristokraten"[23] zufolge nie mehr zugelassen werden sollte,[24] war wiederhergestellt. Und das Ansehen Deutschlands stieg trotz Boykott, Weltkommunismus, Versailler Knebelungsstrategien, des Kapitaleinflusses der westlichen Weltmächte immer mehr: 1933, 1934, 1935 (Nürnberger Gesetze), 1936 (Olympiade), 1937, 1938 mit den für unvorstellbar erachteten Höhepunkten des Anschlusses von Österreich und des Sudetenlandes an das Reich.

20) ADAP, Serie D Band 5, S. 759 - 760, Dok. 646 + Dok. 645, 18.10.1938.
21) Hannah Arend, "Eichmann in Jerusalem", München 1964, S. 72.
22) Vgl. Quellen in: Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 209 ff + 281.
23) Samuel Untermeyer pflegte die Juden als *"Aristokraten der Welt"* zu bezeichnen, vgl. ***HT*** Nr. 29, S.25 + 54, S. 23.
24) World Jewish Congress, (Hrsg.), "unity in dispersion -- a history of the World Jewish Congress", New York 1948, S. 26.

Nur ein Naivling kann glauben, daß die besagten Kräfte angesichts solcher Erfolge Hitlers ihren Kampf zur Vernichtung Deutschlands eingestellt hätten. Sie haben das auch nie behauptet. Im Gegenteil haben sie aus der Erkenntnis, daß Deutschland allein mit Wirtschaftsboykott nicht beizukommen war, die Konsequenz gezogen, daß Deutschland nur militärisch zu erledigen sei. Auch brauchten sie den *"Protest der Welt gegen das Nazibarbarentum"*, um die störrische britische Mandatsmacht zu bewegen, ihre Restriktionen gegen jüdische Einwanderer in Palästina zu lockern.

Sowohl Jabotinsky mit seiner Terrorbande Irgun Zwai Leumi, als auch die Stern-Bande und andere jüdische Organisationen waren ihres gewaltsamen Terrorismus wegen seit Jahren berüchtigt. Ihre Anführer standen auf den britischen Fahndungslisten, gesucht wegen Massenmordes: Menachim Begin, Itzhak Schamir und zahlreiche andere, die im späteren Leben Israels hohe Staatsämter bekleideten.[25] Sachwerte, Menschenleben zählten bei Durchsetzung ihrer Ziele nichts. Ihr Vorkämpfer, **Nahum Sokolow**, hatte die erforderlich erscheinende Größe ihres Einsatzes mit den Worten umrissen:

"Prominente Bedeutung erlangte die zionistische Frage erst mit Ausbruch des Krieges." [26]

Ihr Kampfgefährte **Georg Bernhard** ließ sich gleichermaßen unmißverständlich am 1. September 1938 in der Pariser jüdischen Wochenschrift ***Die neue Weltbühne*** (Nr. 35) vernehmen:

> ***"So geht es nicht weiter. Falls nicht bald ein neuer Weltkrieg ausbricht, werden in der nächsten Zeit 150.000 bis 200.000 Juden auswandern müssen."*** [27]

Aus Vorgeschichte und Begleitumständen ergibt sich, daß den unermüdlichen und auf Terrorakte bedachten Strategen der LICA in Paris und ihren Hintermännern in New York und London eine neuerliche Provokation des Nationalsozialismus, die über einen Mord weit hinausgehen müßte, nicht nur erwünscht war, sondern angestrebt wurde, war doch ihre Politik weltweit darauf ausgerichtet. Für sie war die Zeit, in der Adolf Hitler überlebt und an Prestige gewonnen hatte, schon längst unerträglich und zu lange geworden. Ein umfangreicher, geheimstrategischer Einsatz an einem günstigen, im voraus einplanbaren Tag schien ihnen notwendig zu sein, hatte doch schon ***Jewish Chronicle*** zeitgerecht am 7.10.1938 nach den britischen Unterhausdebatten über die Münchener Konferenz dazu aufgerufen:

> ***"Jetzt müssen die Juden festlegen, welchen Schritt sie gemeinsam ergreifen wollen, um den Angriff in allen Teilen der Welt abzuschlagen. ... Die Politik des Schnorrens um ein oder zwei Krumen bei diesem oder jenem Auswärtigem Amt, um die Haltung von »Ja-Sagern« ohne eigenen Willen und Rückgrat hat in der neuen Ära der Machtpolitik keinen Platz mehr. ... Sie muß durch jüdische Initiative und jüdische Unabhängigkeit und den Geist des Selbstvertrauens ersetzt werden."*** [28]

Termingerecht am 9. November 1938 (24 Stunden <u>vor</u> der "Kristallnacht"!) veröffentlichte der Präsident der jüdischen Weltliga, Bernard Lecache-Lifschitz, in seiner französischen Zeitung ***Le droit de vivre*** (***Das Recht zu leben***) den Aufruf:

> ***"Unsere Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nr. 1, erbarmungslos den Krieg zu erklären."***

Es muß also in jenen Kreisen ein neuerlicher Beschluß hierfür gefaßt worden sein. Einen Monat später, am 18.12.1938, ging von dort ein neuerlicher Spruch dieser Art in die Welt:

> ***"Es ist unsere Sache, die moralische und kulturelle Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu zerteilen. Es ist unsere Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken."*** [29]

Schreckenerregend die Mentalität, die **Vladimir Jabotinsky** im Frühjahr 1939 in seinem Artikel "This Night of Passover" zum Ausdruck brachte:

> *"Je größer die Katastrophe, desto kürzer das Ende der Diaspora-Straße, auf der wir uns noch entlang zu schleppen haben."* [30]

Der 9. November 1938 war für eine solche Zielsetzung besonders geeignet, da die NS-Prominenz sich traditionsgemäß am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller versammelte und zum "Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung" mit mitternächtlicher Vereidigung der neuen SS-Rekruten am 9./10. November in München verblieb. Sie war somit 2 - 3 Tage fern von ihren Dienstsitzen. Die zentralen Entscheidungsträger konnten auf im Reich an verschiedenen Plätzen gleichzeitig überraschend ablaufende Ereignisse nicht spontan, allenfalls -- trotz Telefon -- erst mit erheblicher Verzögerung und sicherlich auch nicht wirkungsvoll genug reagieren.

In der Mentalität geheimer Akteure war begründet, sich Hoffnung zu machen, in barschem Ton untergeordnete Diensthabende der SA mit einem nicht sofort überprüfbaren telefonischen "Befehl aus München" überrumpeln und zu Aktionen gegen jüdische Einrichtungen veranlassen zu können. -- In allen Fällen, in denen am 10.11.1938 die Angerufenen bei der Dienststelle des "Befehlsgebers" zurückgerufen hatten, erwies sich der "Befehl" als Finte. Der beste Beweis dafür, daß dem so ist, ist die Tatsache, daß bis heute keinem einzigen Verantwortlichen ein solcher Befehl nachgewiesen werden konnte. Diese auf das Reichsgebiet einheitlich ausgedehnte Anrufkampagne erweist sich somit als strategische Planung einer Geheimdienstorganisation, die im angrenzenden Ausland ihren Sitz gehabt haben mußte bzw. von dort ihre Anweisungen und einreisenden Provokateure erhielt

25) Vgl. *HT* Nr. 10, S. 28.
26) Nahum Sokolow, "Geschichte des Zionismus", Wien - Berlin - Leipzig (um 1919), Bd. II, S. 377, -- gemeint war der Erste Weltkrieg.
27) H. Jonak von Freyenwald, "Jüdische Bekenntnisse", Nürnberg 1941, S. 226; neu: Bremen 1992.
28) Friedrich Lenz, "Zauber um Dr. Schacht", Heidelberg 1954, S. 125.
29) Heinrich Kessemeier, "Der Feldzug mit der anderen Waffe", Hamburg 1941, S. 157.
30) Joseph B. Schechtman, "Fighter and Prophet -- The Vladimir Jabotinsky Story", aaO. S. 364 + 216.

und für lediglich jüdisch-zionistische Ziele tätig war.

In diesem, damals europaweit, mit hemmungslosem Lügenaufwand aufgezogenen, auf permanente Provokation angelegten Propagandarummel tat sich ein für die LICA arbeitender Pariser Rechtsanwalt, Moro Giafferi, besonders hervor. Er drängte sich in der Schweiz als Verteidiger für den Mörder von Wilhelm Gustloff, David Frankfurter, auf. Noch auffallender war sein Eifer, als er sich 2 Jahre später bei der Pariser Polizei als Verteidiger für Herschel Grünspan bereits zu einem Zeitpunkt vorstellte, da er normalerweise von dem Attentat in der deutschen Botschaft noch keine Kenntnis hätte haben können. Das Zusammenspiel mit der LICA wird hier noch dadurch verdeutlicht, daß der 17jährige, aus Frankreich bereits ausgewiesene, aber immer noch in Paris arbeitslos herumlungernde, in einem Hotel auf dem Boulevard de Strasbourg, in unmittelbarer Nachbarschaft der LICA wohnende Herschel Grünspan von dort finanziell ausgehalten und mit Anweisungen für seine Tat -- auch zum Kauf des Revolvers -- ausgestattet worden sein dürfte.

Ein zu globaler Provokation entschlossener Gegner des Reiches mit internationalem Einfluß mußte sich geradezu ein solches strategisches Konzept zulegen, wollte er sein Ziel erreichen. Daß hierzu Geheimdienstarbeit, Anonymität, allerorten in Deutschland kaufbare ns-Uniformen, Vermeidung bzw. Vernichtung von Dokumenten gehört, versteht sich dabei von selbst. Hatte es nicht schon in der jüdischen Kriegserklärung vom 24.3.1933 geheißen, daß ***"in Europa und Amerika bereits Pläne zu einem Gegenschlag gereift"*** seien?[31] Ein ***"Gegenschlag war gereift"*** gegen ein demokratisches Votum eines 80-Millionen Volkes, ohne daß bis dato den Juden in Deutschland etwas angetan worden war!

Die Erklärung eines *"heiligen Krieges gegen Deutschland"* -- und ***"der Jüdische Weltkongreß betrachtete die Juden als Nation"*** und ***"verfügte über riesige Budgets, über Hunderte von Millionen Dollar und leitete Tausende von Angestellten"***[32] -- begründete doch nicht etwa ein Defensivbekenntnis? Wollte man den *"mittelalterlichen Hitlerstaat um der Menschheit willen hinwegfegen", "den Hitlerismus von der Erde austilgen (our hunting-down of Hitlerism), und zwar im wortwörtlichsten Sinn"* [29] -- mit Beschränkung auf Verteidigung?

Die Führer der Juden in Deutschland, die sich zweifellos in ihren ursprünglichen Erwartungen durch die ns-Politik enttäuscht sahen, waren es jedenfalls nicht, die den kompromißlosen Kampf der Außenwelt gegen Deutschland angeregt, angeheizt oder gebilligt hatten. Gleichermaßen aber dürfte ebenso unstrittig sein, daß es in den Reihen ihrer Verbände viele Sympathisanten, Kundschafter, Zuträger der ausländischen "heiligen-Krieg"-Fanatiker gab. So ist es ja noch heute üblich, wie Mossad-Agenten bestätigen. Jeden irgendwo in der Welt wohnenden Juden betrachten sie als Geheimdienstanlaufstelle und gehen davon aus, daß er ihrem Rekrutierungssystem risikolos zur Verfügung stehe.[33]

"Auf jeden Fall kann man immer sicher sein, daß ein Jude oder eine Jüdin, der/die weiß, daß es um den Mossad geht, und nicht zur Zusammenarbeit bereit ist, einen nicht verpfeifen wird. Man hat ein risikoloses Rekrutierungssystem zu seiner Verfügung, bei dem ein Pool von Millionen jüdischer Menschen außerhalb der Grenzen des Landes angezapft werden kann. Es ist viel einfacher, mit Leuten zu operieren, die vor Ort leben, und die Sayanim leisten überall unschätzbare praktische Hilfe." [33]

Und die Moral, die der Ex-Agent des Mossad an einem Beispiel beschreibt, gilt gewiß auch für die Haltung, die früher schon kennzeichnend war, und die viele aus ihren religiösen Lehrbüchern abzuleiten wissen:

"Drory, gefragt, wie er sich gefühlt habe, als er jemanden ohne Notwehr erschoß, und das nicht auf dem Schlachtfeld. -- 'Das war nationale Selbstverteidigung' antwortete er. -- 'Er schoß zwar nicht auf mich, aber im übertragenen Sinne hielt er eine Waffe auf meine Nation gerichtet. Das hat nichts mit Gefühlen zu tun. Übrigens habe ich mich dabei gar nicht so schlecht gefühlt.' " [33]

Auch aus anderer Quelle erfahren wir das gleiche, diesmal bezogen auf den Mann, der die Mitglieder des Mossad führte, die die illegalen Einwanderer nach Palästina brachten:

"Doch er blieb immer im Hintergrund, unzählige Drähte ziehend, immer neue Methoden der Untergrundarbeit organisierend -- aber stets kämpfend." [34]

Deutschland war auch 1938 ein Land mit offenen Grenzen (ganz anders als die Sowjetunion!). Jeder unbescholtene Ausländer, der einreisen wollte, konnte ungehindert ein- und wieder ausreisen.

Wenn der britische Kriegspremier Winston Churchill am 27.2.1944 in einem Brief an Stalin von einem ***"dreißigjährigen Krieg gegen Deutschland von 1914 an"*** schrieb[35], so wußte er genau, wer, wie, mit welchen Mitteln und Zielsetzungen diesen Krieg schon lange vor 1933 betrieben hat. Der Vorteil dieser bzw. seiner Kämpfer war, daß sie den Krieg schließlich gewonnen hatten und ihre Dokumentenbestände geheim bleiben konnten und daher viele ihrer konspirativen Machenschaften mittels internationaler Geheimbünde bis heute nicht aufgedeckt worden sind. Hingegen konnten sie alle deutschen Dokumente ausfindig machen -- die Deutschen haben sie noch nicht einmal vernichtet[36] -- und sie überdies noch nach ihrem Belieben aussortieren und mit einer Fülle von gefälschten Papieren durchsetzen.

31) Vgl. *HT* Nr. 54, S. 40; original in *HT* Nr. 39, S. 40.

32) Israel Gutman (Hrsg.), "Enzyklopädie des Holocaust -- Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden", Argon Verlag Berlin 1993, Bd. III, S. 1613 + Nahum Goldmann, "Das Jüdische Paradox" aaO. (Fn 79), S. 150.

33) Victor Ostrovsky, "Der Mossad -- Ein Ex-Agent enthüllt Aktionen und Methoden des israelischen Geheimdienstes", Hamburg 1991, S. 119 + 189.

34) Jon + David Kimche, "Des Zornes und des Herzens wegen -- Die illegale Wanderung eines Volkes", Berlin 1956, S. 72.

35) Schriftwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der CCCR und den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und den Premierministern Großbritanniens während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 - 1945, Moskau 1957, russ. 2 Bde., Bd. I, S. 204.

36) Robert Kempner, "Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen", Frankfurt/M - Berlin 1986, S. 310:

"Die Geheimakten des Auswärtigen Amtes sind vollständig erhalten und nach Berlin gebracht worden. Sie waren in verschiedenen Stellen gelagert: sorgfältigerweise hatten die Herren selbst sich viele Mikrofilme anfertigen lassen, damit nichts verlorenging."

Was das alles mit der "Reichskristallnacht" zu tun hat?

Nun, zwei Gegner standen sich gegenüber. Man muß sie beide kennen, ihre Ziele, ihre Moralhaltung, ihre Methoden, ihre Machtmittel, ihren Einflußbereich, um dieses Ereignis analysieren und bewerten zu können.

Ingrid Weckert, die für die "Reichskristallnacht" die einzige sachlich fundierte Analyse in ihrem Buch "Feuerzeichen" erstellt hat, belegt, daß der Mord des jungen Herschel Grünspan (Grynszpan) an Botschaftsrat Ernst vom Rath sorgfältig, offensichtlich seitens der LICA in Paris, angestachelt und vorbereitet worden war.

Für all die Jahre von 1933 bis November 1938 ist nachweisbar, daß die ns-Regierung bemüht war, Juden zwar aus führenden staatlichen, kulturellen, teils auch wirtschaftlichen Verbands-Stellungen, insbesondere der Beamtenschaft zu entfernen, sie im übrigen zur Auswanderung zu ermuntern, gewiß auch vielfach zu drängen, sie aber im übrigen in Ruhe ihr Eigenleben gestalten zu lassen und außenpolitische Komplikationen ihretwegen zu vermeiden. Strikte Anweisungen Adolf Hitlers und auch der einzelnen Ministerien hierfür legten die Richtlinien fest.[37)] Bekannt freilich ist auch, daß größtmögliche Disziplin nicht vermochte, Heißsporne und Quertreiber, "Widerstandskämpfer", verstockte Kommunisten, daran zu hindern, ihre Pöstchen zu nutzen, um ihren Egoismus in unerfreulichem Sinne als "Volkswillen" zu demonstrieren. Solche gibt es überall in der Welt, auch in den USA vornehmlich, wo gewisse Lobbies Regierung samt Präsidenten schon allzu oft zu einem Handeln veranlaßt haben, das sich zum Schaden für die übrige Bevölkerung ausgewirkt hat. Es geschah auch nicht mit Willen der ns-Regierung, wenn selbst über Gerichtsentscheidungen geklagt wurde, die den Gesetzen zuwider einen vermeintlichen Opportunismus zum Ausdruck brachten.

Nach Jahren beruhigten Zusammenlebens nun plötzlich diese skandalösen Zerstörungen an Synagogen und jüdischen Geschäften, zeitgleich und zielgerichtet in zahlreichen Städten des Reiches, wie es das bis dahin seit der "Machtergreifung" nicht gegeben hat, und da jeder in Deutschland gerade erleichtert aufgeatmet hatte, daß mit der Münchener Konferenz *"der Friede in unserer Zeit"* (Ausspruch von Neville Chamberlain) gerettet war. Dazu, wie gesagt, zu einem Zeitpunkt, als die maßgebende Führerschaft sich selbst durch Abwesenheit ausgeschlossen haben sollte, um unüberschaubar ausufernde staatsschädigende Entwicklungen zügeln zu können!

In einem außerordentlich einseitig gegen das Dritte Reich geschriebenen Buch steht es mit verblüffender Klarheit, wofür viele Parallelen zu finden sind:

"Nirgends wird ein SA-Brandstiftertrupp auf Abruf bereitgestellt, nirgends gibt es Vorkehrungen für die Lagerung von Brennmaterialien, nirgends wartet gar ein Partei- oder SA-Funktionär am Telefon auf die Durchsage eines Codewortes. So scheidet eine wie immer geartete Planung, auch schon eine planende Absicht, völlig aus.

Die Vorgänge am Alten Rathaus nach der Goebbels-Rede belegen diese Tatsache nachdrücklich und sind an den Pogrom-Orten selbst fast immer nachvollziehbar. In Tübingen -- wie auch an vielen anderen Orten -- sind getrennte Gruppen am Werk, deren Aufträge und Handlungsanweisungen einander unbekannt sind. ..." [38)]

Selbst der Institut-für-Zeitgeschichte-Offizielle Hermann Graml bestätigte diese Sachverhalte:

*"**Nirgends ist zu erkennen, daß Befehle höherer Stellen vorlagen.** Als die Vorfälle des 8. November später vor Gericht verhandelt wurden, berief sich auch keiner der angeklagten ehemaligen Politischen Leiter darauf, daß er auf Befehl gehandelt habe; sie verteidigten sich nur damit, die Ausschreitungen seien spontan entstanden. ...*

Vereinzelt tauchten in Dörfern und kleinen Städten Ortsfremde auf, die sich an die Partei- und SA-Führer wandten, um sie zum Vorgehen gegen die Juden zu nötigen.

So erzählte am Abend des 9. November der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Schupbach (bei Limburg) seinem Polizeiwachtmeister, es sei »jemand« dagewesen und habe »Krach gemacht«, weil in Schupbach noch nichts gegen die Juden unternommen worden sei. Wer der »Jemand« war, konnte nicht mehr festgestellt werden. In Marburg erschienen 2 SD-Angehörige aus Kassel in SS-Uniform bei dem Führer der SA-Standarte »Jäger II« und gaben ihm den Befehl, die Marburger Synagoge zu zerstören; der Standartenführer wies jedoch darauf hin, daß er vom SD keine Befehle entgegenzunehmen brauche und unternahm zunächst nichts. ...

In anderen Fällen wandten sich die ortsfremden Provokateure nicht an Dienststellen der Partei oder ihrer Gliederungen, sondern stifteten selbst Pogrome an. ...

Zweifellos lagen immer noch keine bestimmten Anweisungen der obersten Parteiführung vor. ...

Ohne daß die oberste, ja auch nur die mittlere Parteiführung verantwortlich zu zeichnen brauchte, war es zu Ausschreitungen gegen die Juden gekommen, scheinbar spontan, ohne doch eine echte Demonstration des Volkes zu sein. ...

Der SS hatte Himmler die Beteiligung am Pogrom verboten."

Dies erklärte Goebbels am 10. November:

'Das deutsche Volk hat dem Gebot der Regierung willig und diszipliniert Folge geleistet. In Stundenfrist sind Demonstrationen und Aktionen zum Schweigen gebracht worden."' [39)]

Immer wieder waren es Ortsfremde, teils in Zivil, teils

37) Bundesarchiv Koblenz: u.a.: R/43 II - 602 Anweisung des Reichsinnenministeriums an alle Landesregierungen vom 20. August 1935 (IIp 3710/59).

38) Walter H. Pehle (Hrsg.), "Der Judenpogrom 1938 -- Von der 'Reichskristallnacht' zum Völkermord", aaO., S. 88 - 89. -- Beitrag von Uwe Dietrich Adam.

in SD-, SS- oder sonstigen Uniformen, die örtliche SA-Führer oder sogar Bürgermeister, schließlich Passanten im Befehlston zu Aktionen gegen Juden und jüdische Einrichtungen aufforderten. Es waren eindeutig Provokateure, die sich aber entweder mit den Befehlsverhältnissen innerhalb der ns-Formationen nicht auskannten oder diese meinten, im Überrumpelungsverfahren mißachten zu können. Solche Provokateure traten mit einbrechender Dunkelheit immer häufiger in Gruppen auf und verschwanden "nach getaner Arbeit" spurlos.

Diese Sachlage wird dadurch bestätigt, daß offensichtlich niemand gefaßt wurde, der Synagogen in Brand gesteckt hat. Dies ist um so auffallender, als die jüdischen Gotteshäuser gewöhnlich stattlich-große und gegen Einbruch gut gesicherte Gebäude sind, und in Großstädten auch bei Dämmerung und Dunkelheit relativ viele Menschen unterwegs waren und Brandstifter sofort in flagranti der Polizei gemeldet haben würden und dazu auch gesetzlich verpflichtet waren.

Wie schwierig es ist, als Fremder von außen einen Brandanschlag zu verüben, erfahren wir fast täglich in den Nachrichten. Das war 1938 genauso schwierig, auch in Deutschland. Wir vernehmen aber heutzutage auch, daß es zuweilen einer Geheimorgansitation sogar europaweit gelingt, zur gleichen Stunde an verschiedenen Orten Brand- oder Sprengstoffanschläge zu verüben. Auch andere Regierungen wurden von solchen Terrorakten überrascht.

In der "Kristallnacht" war es jedenfalls so, daß überall die Brände erst entdeckt wurden, als bereits die Flammen vielfach sogar auch aus oberen Teilen der Gebäude herauszüngelten und die Nachbargebäude gefährdeten. Eindrucksvoll geht dies aus dem Bericht von Hitlers Adjutanten, Nicolaus v. Below hervor[40], der neben der Münchener Synagoge im Hotel "Vierjahreszeiten" mit der obersten SS-Prominenz Quartier bezogen hatte.

Daß damals angesichts der begeisterten Volksstimmung für die NS-Führung deutsche Volksgenossen oder gar Mitglieder einer ns-Organisation eigenmächtig ausgerechnet eine Synagoge in München unmittelbar neben dem Hotel "Vier Jahreszeiten" in Brand gesteckt haben sollten, in dem sich Hitlers Adjutanten, die höheren SS-Führer, darunter auch Heinrich Himmler sowie der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Gruppenführer Reinhard Heydrich und andere hohe Funktionsträger der NSDAP zur Nacht einquartiert hatten, so daß dieses Hotel selbst in Brandgefahr geriet, muß als unmöglich angesehen werden.[40] Dafür gab es schon damals ausgedehnten Sicherungsschutz bei zentralen Veranstaltungen, der sich gleichermaßen auf angrenzende Straßenzüge ausdehnte. Brandstifter, die gewaltsam in die Synagoge neben dem Hotel "Vierjahreszeiten" hätten eindringen oder sie von außen in Brand setzen wollen, wären schon bei der Vorbereitung ihres Vorhabens verhaftet worden. Ein "wütender Volksauflauf" neben dem Hotel "Vierjahreszeiten" -- von dem übrigens nie die Rede war -- wäre schon im Ansatz verhindert worden, denn Polizei war zahlreich vor Ort und hatte Befehl, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten.

Die Konsequenz dieser Erkenntnis bedeutet aber, daß die Synagogen überall -- ebenso wie am 27.2.1933 das Reichstagsgebäude -- **von innen** angezündet worden sein mußten. Jede zur Schadensregulierung verpflichtete Versicherung würde, nachdem die einbruchssichere Verriegelung festgestellt wurde, sofort die Frage aufwerfen, wer denn die Schlüssel für diese Gebäude verwaltete, wo sich diese Leute zur Tatzeit aufgehalten und wem sie womöglich Gelegenheit gegeben haben, sich Schlüssel nachzumachen. Nur die deutschen Behörden sollen sich anläßlich der "Kristallnacht" hierüber nicht erkundigt haben?

Ist ein Brandstifter erst einmal ohne aufgefallen zu sein, sozusagen unter dem Eindruck, zum Eintritt berechtigt zu sein, in das leere Gebäude hineingelangt, so ist es ihm ein Leichtes, Feuer zu legen und zeitgerecht auch wieder ruhig bedächtigen Schrittes wie ein Zutrittsberechtigter in womöglich noch auffallend hierfür typischer Garderobe das Gotteshaus zu verlassen. Die zündelnden Flammen im Innern sieht zu diesem Zeitpunkt noch niemand. Da die Brände überall im Reich zu gleicher Zeit und mit gleicher Methode gelegt worden sind (wäre es anders, hätte man irgendeinen Brandstifter gefaßt), wird die Erkennntnis mit den vielen Ortsfremden, die sich als Scharfmacher und Wüstlinge aufführten und als telefonische Befehlsgeber bei den diensthabenden unteren Chargen Überraschung auslösten, bestätigt.

Im übrigen konnte kein Angehöriger der NSDAP so viele Kenntnisse von den Örtlichkeiten und Eigentumsverhältnissen der einzelnen Geschäfte haben, um in der Lage zu sein, solche zeitgleichen Aktionen ohne längerfristige zentrale Vorbereitung der Parteiorganisation -- die es bekanntlich nicht gegeben hatte -- zielgerichtet durchzuführen.

Die spätere Kriegslage hat enthüllt: allein die "Rote Kapelle" hatte im deutschen Herrschaftsbereich ein so subversives Agentennetz mit entscheidender Kampfwirkung langfristig aufgebaut, daß es u.a. auch diesen Leuten schon 1938 ein Leichtes gewesen sein dürfte, in einer Blitzaktion aus dem Untergrund heraus an vielen Orten gleichzeitig Fensterscheiben einzuschlagen und Brände zu legen. Unabhängig von dieser "Roten Kapelle" gab es im Reichsgbiet auch andere konspirative Organisationen mit Auslandskontakten, deren Struktur, Arbeitsweise und Umfang jedoch bis heute geheimgehalten sind. Cheflügner Seiner Britischen Majestät, Sefton Delmer, der es wissen mußte, hat ja eingestanden, daß es Vieles gebe, *"wovon die Öffentlichkeit nichts weiß."*[41]

Gauleiter Rudolf Jordan berichtete nach dem Krieg:

---

39) Hermann Graml, "Der 9. November 1938 »Reichskristallnacht«", Beilage der Zeitschrift ***Das Parlament*** vom 11. November 1953, S. 7 - 8. -- Daß der Institut-für-Zeitgeschichte-Offizielle Hermann Graml in den übrigen Teilen seiner Darstellungen sich der seit 1945 üblich gewordenen, von den britischen Sefton-Delmer-Leuten und den us-amerikanischen, sowjetischen und französischen Fälscherzentralen für psychologische Kriegführung erstellten Dokumentenfälschungen und präparierten Zeugenaussagen kritiklos bediente, im übrigen fantasievoll Sprechblasen zu Papier brachte, gehört seit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zur üblich gewordenen Machart der Umerziehungsgeschichtsschreibung. Wer so Geschichte schreibt, mit dem braucht man sich nicht in bezug auf jene Passagen auseinanderzusetzen, für die er keine Beweise liefert und mit denen er sich als Romanautor zu erkennen gibt.

40) Nicolaus v. Below, "Als Hitlers Adjutant 1937 - 45", Mainz 1980, S. 136.

41) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961, S. 632.

"Endlich erhielt ich von meinem Stellvertreter im Gau einen telefonischen einstweiligen Bericht über die Vorgänge im Gau Magdeburg-Anhalt. Hier hatte es einzelne Schaufensterexzesse und einen Synagogenbrand gegeben. Das war im Vergleich zu den inzwischen aus anderen Gauen bekannt gewordenen Aktionen noch ein verhältnismäßig 'bescheidenes' Ergebnis. Mein Stellvertreter bestätigte mir auf meine Rückfrage nochmals, daß die Aktionen ohne Beteiligung der Gauleitung stattgefunden hätten und daß ihr gleichzeitiger Ablauf auf eine von außerhalb des Gaues erfolgte zentrale Steuerung schließen lasse. In mehreren Fällen waren den Akteuren, die nach dem Klirren der Schaufensterscheiben meist fluchtartig in der Dunkelheit verschwanden, nach kurzer Zeit -- wie aus dem Untergrund auftauchend -- Gruppen von asozialen Elementen, darunter auch Frauen, gefolgt, die die Schaufenster plünderten." [42]

Derlei Sachverhalte haben auch Gerichte nach dem Kriege festgestellt.[43]

"Von 3 der insgesamt 28 SA-Gruppen liegen Berichte vor, wonach sie sich an Zerstörungsaktionen beteiligt haben. Eine Anzahl einzelner SA- und SS-Männer wurde später vom Obersten Parteigericht zur Rechenschaft gezogen. Bei den Gerichtsverhandlungen wurde regelmäßig auch die Frage untersucht, wie es zur Ausgabe dieser Demonstrationsbefehle gekommen war, die den tatsächlich erlassenen Weisungen zuwidergelaufen waren. Das Oberste Parteigericht stellte in seinem Urteil grundsätzlich fest, daß es in all den Fällen, wo es zu Ausschreitungen gekommen war, irgendwo in der Befehlskette ein Mißverständnis gegeben hat. Die durch spätere Gerichtsverhandlungen (nach 1945) *erwiesene Tatsache, daß Befehle von Leuten ausgegeben wurden, die sich fälschlicherweise als Sprecher einer Partei- oder SA-Dienststelle ausgaben, wurde damals in München nicht untersucht. ...*

Daß das Ganze ein abgekartetes Spiel war, eine großaufgezogene Aktion deutschfeindlicher Gruppen -- der Mord sowohl als auch die von den Provokateuren initiierten Krawalle -- durchschaute damals niemand." [44]

Die Nürnberger Ankläger hatten 1945 versucht, diese Ereigniskette u.a. mit Hilfe gefälschter eidesstattlicher Erklärungen und Fernschreiben der SS anzulasten. Das mißlang. Ingrid Weckert hat solche Fälschungen aufgedeckt (S. 105 ff).

Allein die zahlreichen Fälschungen, die im Auftrag der Siegermächte bei gleichzeitigem Verschwindenlassen der authentischen Dokumente angefertigt wurden, sind Beweise dafür, daß jene Ereignisse ganz anders abgelaufen waren, als landläufig dargestellt. Schließlich hatte man im Ausland nicht erst anläßlich des Reichstagsbrandes vom 27.2.1933 ausreichend Erfahrung gesammelt, wie sich die "meinungsbildende Kraft der Öffentlichkeit" im Sinne des "Antifaschismus" einsetzen läßt.

Verteidiger Dr. Gawlik konnte im IMT-Verfahren in Nürnberg nachweisen, daß der SD nichts mit jenen Ausschreitungen zu tun hatte:

"Ich verweise ferner auf 107 eidesstattliche Erklärungen aus dem gesamten Reichsgebiet; daß der SD an dem Pogrom nicht beteiligt war.

Wenn in dem Affidavit Gestapo-14 davon gesprochen wird, daß die Angehörigen der SD-Dienststelle Magdeburg wegen Beteiligung an den Ausschreitungen verhaftet, bestraft und in ein KZ eingewiesen wurden, so spricht dies

1. dafür, daß der SD keine Weisungen hatte, sich an dem Pogrom zu beteiligen, und

2. dafür, daß, wo dies geschehen ist, gegen die beteiligten Angehörigen des SD eingeschritten worden ist." [45]

"Für Mitternacht stand noch die Vereidigung der SS-Rekruten vor der Feldherrnhalle auf dem Programm, wohin ich Hitler begleiten mußte. ...

Erst als weitere Anrufe kamen (nach 0 Uhr früh morgens am 10.11.) und über Zerstörungen von jüdischen Geschäften berichteten, wurden wir hellhörig und meldeten Hitler die Vorgänge.

Hitler ließ sich sofort den Polizeipräsidenten von München kommen, SS-Obergruppenführer Frhr. v. Eberstein. Dieser wußte nichts. Hitler befahl ihm, mit allen Mitteln gegen die Brandstifter und Marodeure vorzugehen, damit dieser »Wahnsinn« unterbliebe. Je mehr Anrufe von Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Synagogen eintrafen, auch aus anderen Städten des Reiches, um so erregter und wütender wurde Hitler. Es war für mich kein Zweifel, daß Hitlers Überraschung nicht gespielt war. Er hatte nichts gewußt, wie auch die Polizei und SS völlig überrascht wurden. Im weiteren Verlauf der Nacht ließ sich Hitler mit Goebbels verbinden. Es war ein längeres Telefongespräch, das er allein von seinem Wohnzimmer ausführte. Danach ließ sich Hitler nicht mehr sehen. ... Hitlers Verhalten, sich nicht zu zeigen, war immer ein Beweis für eine Verärgerung über Vorgänge, von denen er nichts gewußt hatte. Die Brandstiftungen in den Synagogen und die Zerstörungen von jüdischen Geschäften hat er scharf verurteilt." [46]

Adolf Hitler hatte in seiner Bürgerbräukeller-Rede tags zuvor (am 8.11.) das Attentat auf v. Rath nicht erwähnt, obwohl er dies leicht zum Anlaß heftigen Zornes hätte aufgreifen können.[47] Er hatte indessen sofort seinen Begleitarzt Dr. Karl Brandt nach Paris entsandt. Selbst bei der mitternächtlichen Ansprache zur Vereidigung der SS-Rekruten vor der Feldherrnhalle (9./10.11.), als er bereits über den Tod v. Rath's informiert war, kam Hitler nicht darauf zu sprechen.

Analoge Belege für die scharfe Verurteilung der Ausschreitungen sind erwiesen für Rudolf Heß, Dr. Goebbels, Stabschef der SA Viktor Lutze -- *"auch er gab in seiner Ansprache an die in München anwesenden hohen SA-Führer keinen direkten Befehl"* [48] --, Heinrich Himmler[49], Reinhard Heydrich, die Gauleiter, Reichsjugendführer Baldur von Schirach.

"Auch am 9. November wurde also kein Befehl erteilt." [48]

42) Rudolf Jordan, "Erlebt und erlitten", Leoni 1971, S. 184 ff.
43) Klaus Moritz / Ernst Noam, "NS-Verbrechen vor Gericht", Wiesbaden 1978.
44) Ingrid Weckert, "Feuerzeichen" aaO. S. 174, 175 + 265.
45) IMT, Bd. XXII, S. 50.
46) Nicolaus v. Below, "Als Hitlers Adjutant 1937 - 45", Mainz 1980, S. 136. -- Vgl. auch Ingrid Weckert aaO. S. 116, 185 ff, 264.
47) Auszüge aus der Rede Adolf Hitlers vom 8.Nov. 1938 sind abgedruckt bei Max Domarus, "Hitler-Reden 1932 bis 1945", München 1965, Bd. 1, S. 966 ff.
48) Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Helmut Kistler, "Der Pogrom vom November 1938 »Reichskristallnacht«", Bonn 1988, S. 5.
49) IMT, Bd. XXI, S. 392 + 650. -- Himmlers 1. Befehl wurde Heydrich für die Polizei am 9.11. um 23.30 Uhr, der 2. Befehl am 10.11. um 1 - 1.30 Uhr an die im Hotel "Vierjahreszeiten" versammelten Oberabschnittsführer der allgemeinen SS zur Sicherung jüdischer Geschäfte gegen Plünderung aller Art erteilt.

Auch Julius Streicher lehnte jegliche Verantwortung ab. Er hätte auch Derartiges nicht organisieren können. US-Ankläger Justice Jackson legte am 21.11.1945 dem IMT eine "Denkschrift Streichers vom 14. April 1939" als "Dok 406-PS" vor, in der dieser erklärt haben soll:

"Die Judenaktion vom November 1938 ist nicht spontan aus dem Volk gekommen. ... Mit der Durchführung der Judenaktion waren Teile der Parteigliederungen beauftragt." [50)]

Bezeichnenderweise tauchte dieses "Dokument" nirgendwo mehr auf, wurde auch nicht in den IMT-Bänden abgedruckt. Es reduziert sich damit auf die bloße Behauptung des US-Anklägers. Er hätte besser daran getan, das ***Schwarze Korps*** vom 5. Juni 1935 zu zitieren. Dort vermerkte das Blatt der SS -- und so wurde es auch die Jahre hindurch gehandhabt --, daß Fensterscheiben einschlagen und Möbel zertrümmern, Geschäfte plündern und Juden verhauen als verbrecherische Machenschaften mit aller Entschiedenheit abzulehnen seien.

"Die Partei duldet nicht, daß ihr Kampf für die heiligsten Güter der Nation zu Straßenaufläufen und Sachbeschädigungen umgefälscht wird." [51)]

"Der Reichsmarschall war aufs höchste erregt, erklärte, daß er diesen Terror nicht hinnehmen werde und daß er die einzelnen Gauleiter verantwortlich machen werde für das, was in ihren Gauen geschehen sei." [52)]

In Nürnberg 1945/46 lautete dann die These, **Dr. Goebbels** sei der Initiator gewesen. Doch auch dies erwies sich als falsch, da er mit Ausnahme von Berlin keinerlei Einsatzkräfte hätte mobilisieren können. Die Aktionen waren jedoch reichseinheitlich nach gleichem Schema gesteuert und hatten bereits am späten Nachmittag des 9. Nov. begonnen, während Dr. Goebbels den Tod v. Rath erst gegen 22 Uhr bekanntmachte.

Für Dr. Goebbels liegen Nachweise dafür vor, daß er von den Vorkommnissen ebenso überrascht war, wie all die anderen in München versammelten Würdenträger einschließlich Adolf Hitler, und sie sofort scharf verurteilt und für das Ansehen des Reiches in der Welt als äußerst schädlich beurteilt hat.

Goebbels hatte den Verdacht, daß *"v. Ribbentrop, Julius Streicher, einige idiotische Gauleiter am Schnürchen gezogen und einen Schaden angerichtet"* hätten, *"den kein Mensch mehr gutmachen kann"*:

"Sooo kann man das Judenproblem auf keinen Fall lösen. So nicht. Man macht sie ja nur zu Märtyrern. Und dann? -- Vor der ganzen Welt haben wir uns blamiert, Helldorf. Aber bringen Sie das mal jenen I-d-i-o-t-e-n da in München, jenen Dickschädeln, jenen Streicher und Genossen bei. Jenen ekelhaften, schizophrenen Stiernacken!

Sagen Sie denen mal, was Politik ist. Davon haben die keine Ahnung! ...

Und was diese Geschichte für Devisen kostet.

So paradox es klingt, Helldorf, ..., wir konnten der gegnerischen Propaganda gar keinen größeren Dienst erweisen. Unsere Leute haben ein Dutzend Juden totgeschlagen, aber für dieses Dutzend müssen wir vielleicht mal mit einer Million deutscher Soldaten bezahlen! Verstehen Sie, warum ich mich so wahnsinnig darüber aufrege? ..." [53)]

Da diese Ausführungen von Kennern des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda als authentisch beurteilt wurden[54)], kann der ihm unterstellte Tenor seiner Ausführungen am späten Abend des 9. Nov. im Alten Rathaus zu München, wonach er indirekt, sozusagen mit Augenzwinkern, zu Ausschreitungen gegen die Juden angefeuert habe, nicht stimmen. Bezeichnenderweise gibt es von jener Ansprache keine Textüberlieferung.

"Im Augenblick der Reichskristallnacht war die judenfeindliche Propaganda pianissimo gestimmt. Goebbels konnte ihre negativen Auswirkungen im Ausland einfach nicht gebrauchen. ... Wer in diesem Augenblick ein Judenpogrom inszenierte, mußte entweder ihr Verbündeter oder ein hoffnungsloser Dummkopf sein. Goebbels war weder das eine noch das andere." [54)]

Dr. Goebbels gab bereits um Mitternacht zum 10.11. der Presse folgende Mitteilung bzw. Anweisung durch:

"Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Vergeltungsaktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden."

Daß Dr. Goebbels **noch vor Mitternacht** dieses 9./10. November im Sinne einer Unterbindung jeglicher Ausschreitungen tätig geworden sein mußte, aber auch bereits zu diesem Zeitpunkt vielerorts zu spät kam, ergibt sich aus folgender Bekundung jüdischer Zeugen:

"Im November 1938 gehörte dieses Gebäude (das jüdische Theater in Berlin) *zu den wenigen jüdischen Einrichtungen, die nicht demoliert oder in Brand gesteckt wurden. ... Am nächsten Morgen fuhr ich* (Hilfsregisseur Kurt Baumann) *mit der Straßenbahn wie üblich in mein Büro und sah zum ersten Mal einige der Dinge, die in dieser Nacht geschehen waren. Ich war beinahe überzeugt, daß es unserem Theaterkomplex nicht anders ergangen sei. ...*

Vor der Tür stand wie immer einer der mir bekannten Schutzpolizisten und sagte: »Guten Morgen«. Ich konnte beim besten Willen keine Beschädigungen am Gebäude wahrnehmen. ...

Einer unserer Bühnenarbeiter erzählte uns ..., daß schon vor Mitternacht ein schwerbewaffnetes Kommando der SS vor unserem Eingang aufgezogen sei und daß kurz nach Mitternacht zwei Lastwagen voll SA-Leute aus Magdeburg gekommen waren, um unser Haus zu zerstören und in Brand zu setzen. Den Magdeburgern wurde kurz und bündig erklärt, daß hier nichts zu zerstören oder anzuzün-

50) IMT, Bd. II, S. 144.
51) Rolf Vogel, "Ein Stempel hat gefehlt", Wien - Zürich 1977, S. 93.
52) IMT, Bd. XIII, S. 131. Aussage Reichswirtschaftsminister Funk in Nürnberg am 6. Mai 1946; -- Bd. 14, S. 598: Haltung Baldur v. Schirach.

53) Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, "Dr. G.", Wiesbaden 1963, S. 182 - 184.
54) Wilfried von Oven, "Wer war Goebbels? -- Biographie aus der Nähe", München 1987, S. 114 - 125.

den sei, daß das Haus unter dem Schutz des Propagandaministeriums stehe ... und die SS Befehl habe, wenn nötig von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Daraufhin seien die Lastwagen mit der SA schleunigst abgefahren." [55]

Beachtet werden sollte **a)** die Dauerbewachung des jüdischen Theaterkomplexes durch Polizei, **b)** die Höflichkeit des Polizisten, die offensichtlich gang und gäbe war -- *"wie immer"* --, **c)** die Ortsfremden, die normalerweise gar keine Ortskenntnis hätten haben können und als Brandstifter in SA-Uniform anrückten und **d)** *"schleunigst abgefahren"* waren, als sie die Schutzmannschaft der SS angetroffen hatten.

Dieses *"schleunige"* Abfahren paßt nicht zum sonst üblichen Kontakt der Parteigliederungen untereinander. Es deutet eher darauf hin, daß diese "SA-Leute" gar keine SA-Leute waren und alles taten, um nicht identifiziert zu werden. SA-Angehörige aus Magdeburg wären auch aus Tarnungsgründen in Zivil angereist. Wer als Brandstifter in Uniform ausrückte, wollte gesehen werden und provozierend das herrschende System in Verruf bringen. Alle Mitglieder einer solchen Gruppe mußten sich der Meuterei bewußt gewesen sein. Allein die Erinnerung an das Schicksal von Ernst Röhm als Führer der SA vom 30. Juni 1934 hätte sie davon abgeschreckt. Es ist bezeichnend, daß auch für diesen Magdeburger LKW-Brandstiftereinsatz nach 1945 kein Verantwortlicher festgestellt worden ist. (Vgl., Zitat S. 10: *"Nirgends ..."*)

Um wieviel Uhr mußten diese *"kurz nach Mitternacht"* zielbewußt vor dem jüdischen Theaterkomplex in Berlin mit 2 Lastwagen eintreffenden *"SA-Leute"* aus dem 140 km entfernten Magdeburg (Höchstgeschwindigkeit 80 km/h) zusammengetrommelt und in Marsch gesetzt worden sein? Dies mußte **Tage zuvor** abgesprochen und vorbereitet worden sein, ehe Dr. Goebbels in München zum Reden ansetzte. Auch dieser Zeitpunkt beweist, daß hier verkleidete Gegner, die zur Mannschaft einer für das ganze Reichsgebiet langfristig vorher angelegten Strategieplanung gehörten, nach Berlin angereist waren. Und eine solche Kriegführungszentrale konnte auf Grund der in Deutschland gegebenen Sicherheitsüberwachung und späteren Kriegserfahrung mit der "Roten Kapelle" nur im benachbarten Ausland, vermutlich in Paris, liegen.

Über die Zahl der Todesopfer (zumeist werden 36 genannt)[56], der zerstörten Synagogen (101 - 191 von damals 1.420[57] im Deutschen Reich befindlichen) und Geschäfte (etwa 7.500 von insgesamt 100.000) gibt es unterschiedliche, nicht überprüfbare Angaben, die meist nur mündlichen Aussagen oder unbeglaubigten, fälschungsverdächtigen, ja nachgewiesenermaßen verfälschten Schriftstücken entstammen. Unzuverlässig sind auch die Angaben über 20. - 30.000 Verhaftete. Wieviel es auch gewesen sein mögen, die Inhaftierten wurden zumeist wenige Tage später wieder entlassen. Leider ist auch nie bekannt geworden, welche Erkenntnisse die damaligen Behörden aus den Verhören ermittelt haben. Eines dürfte gewiß sein: sie wußten von den zahlreichen ortsfremden Anstiftern, den geheimnisvollen Telefonanrufern, den unbekannten SA-Leuten und vermuteten sehr wohl die Organisatoren und Anfangstäter unter den Juden selbst. Wenn schon im Dritten Reich aus Gründen der Staatsräson keine Untersuchungsbefunde bekanntgemacht wurden -- wer hätte schon zugeben wollen oder können, daß der Gegner innerhalb des Reiches zu solchen Vernichtungsschlägen fähig sei? --, so ist es andererseits unglaubhaft, daß nach Kriegsende keinerlei Dokumente über diese Verhöre gefunden worden sein sollen. Gab es für die Sieger womöglich unerwünschte Aussagen?

Immerhin dürfte die Feststellung in den Protokollbruchstücken über die Versammlung vom 12.11.1938 richtig sein, daß *"150"*, kurz darauf *"mehrere Hundert"* Gewalttäter und Plünderer verhaftet worden waren[58], ein Beweis dafür, daß die zuständigen Behörden unverzüglich gegen die Wüstlinge vorgegangen sind.

Seltsame "Dokumentenfunde" in den deutschen Akten

Abschrift

Fernschreiben

Berlin Nbe 243 404 9.11. 23.55 - Se -

An alle Stapoleitstellen - an Leiter oder Stellvertreter - Dieses FS. ist sofort und auf dem schnellsten Wege vorzulegen. - Geheim -

1.) Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören, jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.

2.) Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.

3.) Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.

4.) Sollten bei den Aktionen Juden im Besitze von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtaktionen können herangezogen werden, Verfügungstruppen der SS sowie allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen. Plünderungen, Diebstähle usw. sind auf jeden Fall zu verhindern. Für die Sicherstellung von Materialien ist sofort mit der zuständigen SD. Ober- und Unterabschnitten -- Führung Verbindung aufzunehmen.

Zusatz für Stapo Köln: In der Synagoge Köln befindet sich besonders wichtiges Material. Dies ist durch schnellste Maßnahmen im Benehmen mit SD sofort sicherzustellen.

+ Gestapo roem. 2 Müller +[59]

55) E. Geisel/H.M. Broder, "Premiere und Pogrom -- Der jüdische Kulturbund 1933 - 1941", Berlin 1992; S. 32 - 33.

56) Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, brachte es in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, auf *"Tausende"*, ohne Beweise freilich. -- ***Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*** v. 3.11.1978, S. 1.

57) nach Rolf Vogel, "Ein Stempel hat gefehlt", München - Zürich 1977, S. 66 = 1.300.

58) IMT, Bd. 28, 1816-PS, S. 499 ff, 514. *"Die Niederschrift ist in wesentlichen Teilen zerstört."*: Uwe Dietrich Adam, "Judenpolitik im Dritten Reich", Düsseldorf 1972, S. 209.

59) 7th Army Document Center 36/2: Bundesarchiv Koblenz: R 58/276

Dieses "Dokument" ist eine Fälschung:

Begründung:

(1) Der Verfassser ist ein Engländer oderAmerikaner. Dies erweist sich an der wiederholt falschen Satzstellung. Im Deutschen steht das Verb am Ende eines Satzes, im Englischen am Anfang. Falsch: *"Es ist vorzubereiten die Festnahme ..."*. Richtig wäre: "Die Festnahme von ... ist vorzubereiten". Falsch: *"Es sind auszuwählen ..."*. Richtig wäre: "Vor allem ... sind auszuwählen." Falsch: *"können herangezogen werden, Verfügungstruppen ..."*. Richtig wäre: "können Verfügungstruppen ... herangezogen werden".

(2) Die mehrfache Wiederholung derselben Ausdrücke (*Aktionen* = 4 x, *Maßnahmen* = 4 x, *Benehmen* = 2 x, *sicherstellen* = 5 x, *Material* = 3 x) zeugt von einer bemitleidenswerten Armut des Sprachschatzes.

(3) Die Verwendung falscher Ausdrücke z.B. *"im Benehmen mit"* anstelle von "im Einvernehmen mit" passiert deutschen Behördenleitern nicht.

(4) Die Wiederholung gleicher -- im vorliegenden Fall zudem noch unklar und tautologisch ergänzter -- Anweisungen in einem solch kurzen Fernschreiben ist sachwidrig: *"Sofort und auf schnellstem Wege"*; Punkt 1) *"Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen"*; Punkt 4) *"Plünderungen und Diebstähle usw."*

(5) Die Stapoleitstellen hatten dem FS zufolge sich vor Ort mit der Ordnungspolizei, dem SD (Sicherheitsdienst), den Verfügungstruppen der SS (falscher Ausdruck: hätte heißen müssen: "mit der SS-Verfügungstruppe"), mit der allgemeinen SS nicht nur in Verbindung zu setzen, sondern sich diese Einheiten auch alle noch zu unterstellen (Punkt 4).

Einen derartigen Unsinn konnte nur jemand formulieren, der von der Befehlsgliederung im Dritten Reich keine Ahnung hatte. Die Ordnungspolizei hatte ihre eigene Befehlsstruktur, ebenso wie die SS-Verfügungstruppe, als auch die allgemeine SS. Keiner von denen ließ sich von "Gestapo-Müller" -- per Fernschreiber schon gar nicht -- Befehle erteilen. Der SD war ein parteiinterner Nachrichtendienst, jedoch keine Einsatztruppe der Gestapo.

(6) Da *"in kürzester Zeit Aktionen gegen die Synagogen stattfinden werden"* und die Stapoleitstellen *"durch eine sofortige Maßnahme"* und dann erneut *"im Benehmen mit dem SD sofort durch schnellste Maßnahmen" "wichtiges Archivmaterial sicherzustellen"* haben (wer soll prüfen, was "wichtig" und "unwichtig" ist?), hieße das, noch vor Auslösung "der Aktionen" in die Synagogen einzudringen und mit der "Plünderung im staatlichen Auftrag" zu beginnen, anstatt die Gebäude zu sichern.

Alles das ist absurd und widerspricht den damaligen Realitäten. Keine einzige deutsche Behörde hat die Brandlegungen an den Synagogen im voraus geahnt oder von ihnen gewußt, keine hatte *"Vorbereitungen"* getroffen für *"Sicherstellung von wichtigem Archivmaterial"* oder für die Verhaftung von Juden!

(7) Da die im FS angesagten *"näheren Anordnungen"* für die Vorbereitung von Verhaftungen nicht vorliegen, erübrigt sich auch eine Analyse dieser *"Anordnung zur Vorbereitung der Festnahme von 20 bis 30.000 Juden"*. Was sollen auch die Stapoleitstellen mit einer solchen Zahl anfangen, wo sie doch gar nicht übersehen konnten, wie sich ihre Aktivität vor Ort in der Gesamtbilanz auswirkt? So etwas konnte nur einem Dokumentenfälscher in den Sinn kommen.

(8) Am 9.11.1938 -- 23.55 Uhr waren bereits die meisten Brandlegungen erfolgt, und zwar beginnend mit einsetzender Dunkelheit am späten Nachmittag des 9 November. Das ganze Fernschreiben paßt somit zeitlich gar nicht in die Landschaft.



"Kofferaufkleber des Hilfsvereins der Juden in Deutschland für einen Kindertransport nach England (nach dem Novemberprogrom 1938"

Text u. Foto in: "Juden in Preußen -- Ein Kapitel deutscher Geschichte", Die bibliophilen Taschenbücher Nr. 259/260, hrsg. v. Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Dortmund 1981, S. 421.



"Hörsaal der jüdischen Lehrerbildungsanstalt, Berlin (1934)"

Text u. Foto: "Juden in Preußen", aaO. S. 411.

Dokument = "Anlage 1" des Parteigerichts-Berichts -- vgl. S. 25; IMT XXXI S. 515 ff: 3051-PS

Fernschreiben

Blitz München 47 767 10.11.38 0120 - Chu -.

An alle Stapoleit- und Stapostellen, an alle SD.OA. und alle UA.

-- Blitz, dringend, sofort vorlegen! --

Dringend sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter vorlegen.

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht.

Auf Grund des Attentats gegen den Leg. Sekr. v.Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht -- 9./10.11.38 -- im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen folgende Anordnungen

1.)

Die Leiter der Polizeileitstellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen Politischen Leitungen -- Gauleitung oder Kreisleitung -- fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. In dieser Besprechung ist der Politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei vom Reichsführer der SS. und Chef der Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Maßnahmen der Politischen Leitung zweckmäßig anzupassen wären:

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z.B: Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist).

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.

c) In Geschäftsstraßen ist besonders darauf zu achten, daß nichtjüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.

d) Ausländische Staatsangehörige dürfen -- auch wenn sie Juden sind -- nicht belästigt werden.

2.)

Unter der Voraussetzung, daß die unter 1) angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen.

3.)

Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch wertvollere Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.

4.)

Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der Demonstrationen gegen Juden liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspekteure der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen können Beamten der Kriminalpolizei sowie Angehörige des SD., der Verfügungstruppe und der allgemeinen SS zugezogen werden.

5.)

Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden -- insbesondere wohlhabende -- festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde, männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahmen ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die auf Grund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht mißhandelt werden.

6.)

Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspkteure und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Ober- und Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, daß der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei diese polizeilichen Maßnahmen angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschließlich der Feuerlöschpolizei entsprechende Weisungen erteilt. In der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren.

Der Empfang dieses Fernschreibens ist von den Stapoleitern oder seinen Vertretern durch FS an das Geheime Staatspolizeiamt -- z.Hd. d. SS-Standartenführer Müller -- zu bestätigen.

Gez. Heydrich SS-Gruppenführer. [60]

Analyse des "Fernschreibens vom 10.11.38"

Sachfehler

(1)

Das Fernschreiben soll am 10.11. um 1.20 Uhr abgegangen sein. Die Hälfte der Nacht war bereits vorbei, die Ausschreitungen bereits passiert: Dennoch wird nur auf die Zukunft verwiesen, ohne auf die Vorkommnisse der vergangenen Stunden Bezug zu nehmen. Das allein schon ist sachwidrig.

(2)

Wenn *"Demonstrationen zu erwarten sind"*, so ist es sinnwidrig, den Leitern der Stapoleitstellen den Auftrag zu erteilen, *"eine Besprechung ... über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren"*. Wenn hingegen Heydrich gewußt hätte, daß *"die Gau- oder Kreisleitungen" "Demonstrationen gegen die Juden"* planen, hätte er das Wort (*"erwarten"*) durch "beabsichtigen" ("die Gauleitungen ... beabsichtigen") ersetzt, denn die Empfänger seines Fernschreibens hätten klar informiert und nicht verwirrt werden müssen.

(3)

Der Begriff *"Politische Leitungen"* als *"zuständig für einen Bezirk"* oder für *"Maßnahmen"* ist ohnehin als Vokabel eines Fälschers zu identifizieren. Es gab wohl Reichs-, Gau-, Kreis-, Ortsgruppenleiter usw., aber keine entsprechenden *"Leitungen"*! Im übrigen hätten ausschließlich die Gauleiter den politischen Leitern Anweisungen erteilen können und nicht Heydrich, der dem vorliegenden Text zufolge darüber verfügte, wann sie sich mit wem zu *"einer Besprechung über die Durchführung ..."* bereitzufinden hätten.

(4)

Heydrich hätte besser daran getan, sich direkt mit den Gauleitern in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, was

60) Text + Satzzeichen nach: Bundesarchiv Koblenz: R 58/276 -- 125 - 126.-- *"Abschrift aus Akten der Staatspolizeistelle Würzburg"*. Absendung 1.20 Uhr. -- Punkt. 4.) Zeile 5 *"Beamten"* im vorliegenden "Dokument", statt "Beamte". Auch dem IMT in Nürnberg lag nur eine unbeglaubigte Abschrift vor.

diese eigentlich veranlaßt haben. Er hätte viel Zeit und einen Überblick für klare Befehle gewonnen. Warum soll die Zeit verstreichen, bis die nach mitternächtlicher Stunde überraschend aus den Betten getrommelten Leute sich zur Konferenz zusammengefunden hätten, um *"der Gauleitung oder Kreisleitung"* den Befehl Himmlers bekanntzugeben, wo es Heydrich doch so einfach gehabt hätte, dasselbe Fernschreiben sogleich auch an die 12 Gauleiter zu schicken mit der Maßgabe, auch die Kreisleiter sofort zu informieren?

Zudem: Da Himmler und die meisten Gauleiter ja den ganzen Tag auch mit Hitler in München zusammen waren, wäre eine mündliche Absprache in viel früherer Stunde möglich und sinnvoll gewesen. Doch seltsamerweise lauteten alle dort bekanntgewordenen spontanen Befehle auf sofortige Unterbindung der für jeden überraschend gewesenen Ausschreitungen und nicht etwa auf *"Besprechungen über die Art der Durchführung von Demonstrationen"*.

(5)

Nirgendwo ist belegt, daß Heinrich Himmler *"Weisung erteilt hat, Geschäfte und Wohnungen zu zerstören"*. Er hatte bereits Stunden vorher die Empörung Hitlers über die ersten Meldungen von Ausschreitungen gegenüber jüdischen Einrichtungen erfahren und genau gegenteilige Befehle erlassen![49]

(6)

1 c) ist überflüssig, weil sein Inhalt bereits in Punkt **a)** erfaßt ist. Warum soll die Polizei nur *"in Geschäftsstraßen"* darauf *"besonders achten"*?

(7)

Punkt **2)**: wiederholt unsinnigerweise Punkt **1 b)**.

(8)

Punkt **3)**:

> *"Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird."*

"Sofort nach Eingang dieses FS" sollten doch soeben noch die Leiter der Stapoleitstellen mit der *"Gauleitung oder Kreisleitung"* zwecks *"Besprechung über die Durchführung ... Verbindung aufnehmen"*. Sie können jedoch nicht gleichzeitig (*"sofort"*) zwei verschiedene Sachen machen, zumal sie nicht zusammenhängen. Denn hier "verlangt Heydrich" *"die polizeiliche Beschlagnahme von Archivmaterial"* (*"polizeiliche Beschlagnahme"* formuliert kein Deutscher), dazu noch *"**in allen** Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden"*, also auch in solchen, die gar nicht von einer *"Demonstration"* heimgesucht werden.

"Damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird", wäre es -- zumal zu mitternächtlicher Stunde und angesichts des auch von Ferne überschaubaren Personalmangels -- sehr viel sinnvoller gewesen, zu befehlen, "alle Synagogen und Geschäftsräume zu schützen" (nicht, wie es im vorliegenden FS heißt: (*"gegen Schäden zu sichern"*, Punkt 1 - c), anstatt noch den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, als seien es die staatlichen Behörden selber, die sich als Plünderer betätigen.

Im übrigen sind solche Tathergänge nirgendwo belegt.

(9)

Punkt **4)** ist dummes Gerede, zumal die *"zu erwartenden Demonstrationen"* ohnehin nur in der Nacht, also binnen weniger Stunden *"durchgeführt"* werden sollten und ihr Umfang so schnell gar nicht zu ermitteln und im Fall ihrer spontanen Ausweitung darauf gar nicht *"sofort"* zu reagieren gewesen wäre.

(10)

Punkt **5)**

> *"Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden -- insbesondere wohlhabende -- festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können."*

Das ist kein deutsch. Es könnte allenfalls heißen: "Sobald die Ereignisse ... den Einsatz von Beamten zulassen", besser: "Sofern möglich, sind ... Juden festzunehmen".

Da aber auch dies wiederum ***"in allen Bezirken"*** geschehen soll, *"die Beamten"* aber auch noch unterscheiden sollen zwischen *"wohlhabenden"* und armen Juden, sich zudem noch um die freien Hafträume kümmern, *"das historisch wertvollere Archivmaterial **in allen** ..."* ausfindig machen, sortieren, bewerten, wegschleppen, sich dazu noch um *"Besprechungen"* kümmern, Plünderer festnehmen, *"die Demonstrationen auf Einhaltung der Richtlinien überwachen"* und unterscheiden sollen, welche Geschäfte und Wohnungen jüdisch und welche deutsch sind, müssen das Supertypen sein, die Heydrich da mit seinem "Blitz" bedacht hat.

Kaum einer hat's gemerkt? Plötzlich ist gar nicht mehr von *"Demonstrationen"* die Rede, die offenbar die *"Politischen Leitungen -- Gauleitung oder Kreisleitung--"* auf die Beine stellen wollen, sondern von eigenen willkürlichen Beschlagnahme- und Verhaftungsaktionen großen Stils, die nur Erstaunen und Widerstand der Empfänger hätten auslösen müssen. Denn so plötzlich zur mitternächtlichen Stunde konnten so ausgedehnte und gesetzwidrige Vorhaben weder mittels eines noch nicht einmal unterschriebenen Stückes Papier befohlen, noch bewältigt werden.

(11)

Punkt 6)

> *"Der Inhalt dieses Befehls"* (zu deutsch: "Dieser Befehl") *ist ... weiterzugeben mit dem Zusatz, daß der Reichsführer SS ... diese polizeiliche Maßnahme angeordnet hat."*

Es bedurfte weder eines *"Zusatzes"* -- denn dieser Vermerk war bereits Teil der *"Anordnungen"* --, noch überhaupt eines solchen Textes, denn diejenigen, denen er mitgeteilt werden sollte, waren ja bereits Empfänger des Fernschreibens.

Eine *"Feuerlöschpolizei"* gab es im Dritten Reich nicht, sondern: eine "Feuerpolizei", die für die Einhal-

tung der Feuerschutzbestimmungen zuständig war, und ein Feuerlöschwesen bzw. eine freiwillige und eine Berufsfeuerwehr sowie Werksfeuerwehren. Sie bedurften der Anerkennung durch die Polizeiaufsichtsbehörde. Mit Gesetz vom 23.11.1938 -- also **nach** der "Kristallnacht" -- wurde eine Feuer**schutz**polizei geschaffen.[61]

Stilfehler

- 1 -

1. Satz: *"sind im Laufe der Nacht"* müßte heißen: "im **Verlauf** der Nacht", handelt es sich doch um eine Zeitdefinition und nicht um eine Bewegung.

- 2 -

Im Punkt 1) ist der *"Inspekteur oder Kommandeur ... zuzuziehen"*, anstatt "**hin**zuzuziehen". Dieser Fehler wurde im Punkt 4) wiederholt: *"können Beamten ... zugezogen werden"* .(Zusatzfehler hier: müßte heißen: "Beamte"). Einen Knoten kann man zuziehen, einen Menschen zu einem Gespräch nur "hinzuziehen". Das sollte Heydrich nicht gewußt haben? Der Fälscher freilich, er war so dumm.

-3 - Unter Punkt **1)**

"Der Politischen Leitung ist mitzuteilen". -

- Einer Leitung kann nichts mitgeteilt werden, allenfalls einem Gau-, Kreis- oder sonstigem Leiter.

- 4 -

"Brandgefahr ist" im deutschen nicht, sondern "sie besteht".

Punkt 2)

"... sind die stattfindenden Demonstrationen nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen."

So formuliert kein Deutscher. Demonstrationen in der Zukunft sind keine "stattfindenden", sondern allenfalls "zu erwartende", "bevorstehende". Und *"die Demonstrationen sind"* nicht *"auf Einhaltung der Richtlinien zu überwachen"*, (schon besser, aber auch schlecht: "sind auf Einhaltung der Richtlinien **hin** zu überwachen"), sondern "es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Richtlinien beachtet werden". Worum es hier ging, waren im übrigen keine *"Demonstrationen"*, sondern **"Ausschreitungen"**, ein gravierender Unterschied, den ein Mann wie Heydrich zu definieren gewußt hätte.

- 5 -

Punkt 5):

"... sind in allen Bezirken so viele Juden festzunehmen, als ... untergebracht werden können".

Im deutschen heißt es nun einmal: "so viele **wie**".

- 6 -

Letzter Absatz:

"Der Empfang dieses FS ist von den Stapoleitern oder seinen Vertretern ...zu bestätigen"

muß (Plural!) "**ihren** Vertretern" heißen.



Englische Fußball-Nationalmannschaft vor einem Länderspiel in Berlin 1938 *Deutsche Nationalzeitung*, München 15.4.1994, S. 8.

Dokument

II Berlin 10.11.1938

I. Fernschreiben (Blitz)

1) An alle Staatspolizei (leit) stellen und Staatspolizeistellen,
2) an alle SD-Oberabschnitte und SD Unterabschnitte

Dringend sofort vorlegen!

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden.

Im Nachgang zu meinem Befehl von heute Nacht weise ich nachdrücklich darauf hin, daß Plünderungen unter allen Umständen durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern sind.

Plünderer sind vorl. festzunehmen. Nähere Weisung ist von mir einzuholen.

Das Reichsjustizministerium hat sämtliche Generalstaatsanwaltschaften angewiesen, die Strafanstalten den Staatspolizei(leit)stellen zur Unterbringung festgenommener Juden zur Verfügung zu stellen.

Es wird weiter ersucht[a)], das Reichsjustizministerium zunächst in keinem Fall Haftbefehle gegen Personen zu bestätigen[a)], die etwa im Zuge der Aktionen festgenommen worden sind.

Schließlich hat das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte angewiesen, keine Ermittelungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen.

Dies dient lediglich zur dortigen Information.

Der Chef der Sicherheitspolizei
gez.: Heydrich, [62]

Der erste *"nachdrückliche Hinweis"* ist offenbar wichtig: *"Plünderer sind festzunehmen"*. -- Doch dies war bereits unter **1 b)** des vorangegangenen Fernschreibens ausdrücklich erwähnt worden. Es bedurfte somit keines weiteren *"dringend-sofort-vorlegen"*-"Blitz"-Befehls wenige Stunden später mit der überflüssigen Maßgabe *"durch entsprechende Maßnahmen"*!

Während also *"Plünderer festzunehmen"* sind, sollen die Staatsanwälte *"keine Ermittelungen* (anstatt: "Ermittlungen") *"in Angelegenheiten der Judenaktionen vornehmen"*. Der Mann muß völlig durcheinander gewesen sein: Vier Wochen später -- siehe folgendes "Dokument" S.20 -- befiehlt er, *"unverzüglich sind eingehende Ermittlungen einzuleiten"*.

Dann weist das Reichsjustizministerium (anstatt der Reichsjustizminister) die Generalstaatsanwaltschaften an, *"Strafanstalten zur Verfügung zu stellen"*, anstatt allenfalls diese zu informieren, dann unter Außerachtlassung des Dienstweges die Staatsanwaltschaften noch einmal gesondert. Nach all diesen Anweisungen zum Handeln nun: *"Dies dient lediglich zur dortigen Information."*

Das alles ist absurder Wirrwarr.

61) Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1938, S. 1662.

62) Bundesarchiv Koblenz: R 58/276 -- 129, Abschrift -- a) unterstrichene Worte anders in IMT Bd. 31, S. 519, 3051-PS: *"Weiter ersucht das RjM ...zu beantragen"*.

Funkspruch[63)]

Übermittelt am 10.11.1938 um 7,30 Uhr von der Polizeidirektion Würzburg, Polizeimeister Lenz, fernmündliche Mitteilung vom Inspektor der Ordnungspolizei Bayern Nord.

Der Mordüberfall in Paris hat spontane Demonstrationen gegen Juden, jüdischen Besitz im ganzen Deutschen Reich ausgelöst. Es wird daher befohlen:

1.) Die örtlichen Befehlsstellen der Ordnungspolizei setzen sich sofort im Einvernehmen mit den Sicherheitspolizeiorganen in Verständigung der vorgesetzten Polizeiverwaltungsdienststellen mit den zuständigen Parteidienststellen in Verbindung, um genau darüber unterrichtet zu sein, wo solche Aktionen und Demonstrationen stattfinden.

2.) Die Ordnungspolizei begleite solche Demonstrationen und Aktionen nur mit schwachen Kräften in Zivil, um evtl. Plünderungen zu verhindern. Uniformierte Ordnungspolizei wird nur in äussersten Notfällen eingesetzt. Verhaftungen nimmt nur die Sicherheitspolizei vor.

3.) Sobald Brände entstehen, ist die Feuerlöschpolizei einzusetzen. Jüdischer Besitz unter allen Umständen zu schützen. Entsprechende vorherige Fühlungnahme mit der Feuerlöschpolizei ist herzustellen. Nach neuesten Befehlen haben sich die Polizeidienststellen mit den Dienststellen der Partei sofort in Verbindung zu setzen und dafür Sorge zu tragen, dass Brandlegungen unter allen Umständen unterbleiben.

4.) Zerstörte Läden, Wohnungen, Synagogen und Geschäfte von Juden sind zu versiegeln, zu überwachen und vor Plünderung zu schützen.

5.) Polizeiverstärkungen sind soweit notwendig von der allgemeinen und aktiven SS gemäß Befehl des RFSS anzufordern.

6.) Meldungen über größere Demonstrationen dieser Art sind sofort an mich zu senden.

gez. General Daluege.

2 Funkspruch wie oben:

1) Wo Rolläden vorhanden sind, sind diese herabzulassen, wenn nicht sind Verschalungen vorzunehmen.

2) Die Beschriftung hat mit der Aufschrift "Jüdisches Geschäft" zu erfolgen.

3.) Die Geschäfte sind bis auf Weiteres geschlossen zu halten.

4.) Wohnungen in welchen Juden festgenommen oder von diesen verlassen wurden, die zerstört wurden sind zu versiegeln.

Übermittelt von Herrn Roscher vom Bezirksamt Bad Kissingen. Auf Befragen, wann der Funkspruch gekommen und warum er erst jetzt übermittelt wurde, wurde gesagt, dass sie ihn erst vor kurzem erhalten hätten, dass noch mehrere Bezirksämter vorhanden seien, denen er den Funkspruch übermitteln müsse, und verschiedene Ämter dabei gewesen seien, die über 1 Stunde gebraucht hätten, bis sie den Funkspruch abgenommen hätten.

Auch dieser Funkspruch ist gefälscht

(1.) Die Polizei pflegt Meldungen über Ausschreitungen und Brände direkt von Augenzeugen, den Betroffenen oder Nachbarn, meist telefonisch zu erhalten. Sie bedarf daher keiner Anweisungen des Dienstvorgesetzten -- zumal nicht Stunden später --, sich zunächst *"im Einvernehmen mit den Sicherheitspolizeiorganen in Verständigung der vorgesetzten Polizeiverwaltungsdienststellen mit den zuständigen Parteidienststellen in Verbindung zu setzen"* (was für ein geschnörkeltes Deutsch und unrealistischer Befehl!). Und dies nur deshalb, *"um genau darüber unterrichtet zu sein, wo solche Aktionen und Demonstrationen stattfinden"*. Es entspricht auch keinem deutschen Sprachgebrauch, von *"Demonstrationen gegen jüdischen Besitz"* zu sprechen.

(2.) *"Ordnungspolizei"* soll *"solche Demonstrationen und Aktionen nur mit schwachen zivilen Kräften begleiten, um evtl. Plünderungen zu verhindern"*. Wie verhindert man aber Plünderungen? Normalerweise, indem man Plünderer festnimmt und sich der Öffentlichkeit gegenüber mit Uniform als staatlicher Ordnungshüter ausweist. Obgleich nun aber der Zweck der *"schwachen zivilen Kräfte"* war, Plünderungen zu verhindern, durften **nicht sie** verhaften, sondern *"nur die Sicherheitspolizei"*: Schwachsinn! Im übrigen gab es keine *"zivilen Kräfte der Ordnungspolizei"*, dafür aber eine Kriminalpolizei, die ihren Dienst in Zivil auszuüben pflegt.

Warum schließlich nur *"schwache Kräfte"*, wo man doch gar nicht wußte, welchen Umfang die Plünderungen angenommen haben oder annehmen könnten? Wer soll schließlich beurteilen, wann ein *"äusserster Notfall"* eingetreten ist, der den Einsatz *"uniformierter Ordnungspolizei"* zur Folge haben solle? Auch eine solche Einsatzbeschreibung ist unrealistisch.

(3.) Obgleich am 10.11. früh morgens auch General Daluege gar keine Ahnung haben kann, daß die Partei etwas mit den Ausschreitungen und Brandlegungen zu tun haben könnte, trägt er den Polizeidienststellen auf, nicht etwa Brandlegungen sofort nach eingehenden Meldungen hin zu unterbinden. Das soll die *"Feuerlöschpolizei"* tun, allerdings erst *"nach vorheriger Fühlungnahme"* mit jenen Leuten, die sich zuvor bei den Parteidienststellen zu erkundigen haben, *"wo solche Aktionen stattfinden."* Echt blöd!

(4.) Daß Brände sofort von der Feuerwehr zu löschen sind, dafür bedurfte es keines besonderen Befehls.

(5.) Die auch in diesem "Funkspruch" wiederzufindende *"Feuerlöschpolizei"* bestätigt, daß der hiermit befaßte Fälscher nicht nur **ein** "Dokument" produziert hat, sondern sogleich eine Serie von "Dokumenten".

(6.) *"Meldungen über größere Demonstrationen sind an mich zu senden"*. -- Die *"Übersendung der Meldungen"* dürfte ihn nicht interessiert haben -- insofern ein weiterer Fehler des Fälschers --, dagegen aber sehr, daß ihm "Demonstrationen gemeldet" wurden!

Der ganze "Funkspruch" scheint nur den Zweck zu haben, deutlich zu machen, daß *"die Parteidienststellen"* die Urheber dieser *"Aktionen und Demonstrationen"* seien, daß auch Wohnungen zerstört wurden und *"jüdische Geschäfte"* zu stigmatisieren seien.[63a)]

63) Bundesarchiv Koblenz: R 58/276 -- 136, 137.

63a) Der falsche Begriff "**Feuerlöschpolizei**" geistert in zahlreichen weiteren "Dokumenten" herum, mit denen wer weiß welche erfundenen Geschichten erzählt werden. So auch in einem angeblichen "Bericht des Herforder Landrats Hartmann über Vorgänge in Bünde": Norbert Sarhage, "Juden sind in dieser Stadt unerwünscht -- Die Geschichte der Synagogengemeinde Bünde im »Dritten Reich«", Bielefeld 1988, S. 44. -- Daß solche "Dokumente" in einem Staatsarchiv liegen, sagt über den Authentizitätswert gar nichts aus. Ein Landrat hätte sich eines solch falschen Ausdrucks niemals bedient!

Fernschreiben Berlin 10.12.38[64)]
An alle Polizei(leit)stellen
nachrichtlich an den Inspekteur der Sicherheitspolizei,
an das SS-Hauptamt,
an das Reichskriminalpolizeiamt
Geheim!

Betreff: Verfolgung der Übergriffe anläßlich der Judenaktion im November 1938.

Nachstehend teile ich die am 12.11.38 gelegentlich der Tagung in Berlin bereits mündlich erteilten generellen Richtlinien nochmals mit und erwarte ihre genaueste Beachtung. Sofern sich in Einzelfällen Zweifelsfragen ergeben sollten, ist meine Entscheidung einzuholen.

1. In allen Fällen, in denen (wenn auch mutmaßlich) ein Verbrechen (oder Vergehen) der Tötung, der schweren Körperverletzung, der Erpressung, wider die Sittlichkeit oder der Plünderung (Diebstahl, Unterschlagung usw.) vorliegt, sind unverzüglich eingehende Ermittlungen einzuleiten ...

a) der Täter,

b) des Sachverhaltes,

c) der Beweggründe.

Die Ermittlungen sind grundsätzlich so zu führen, daß möglichst wenig Aufsehen erregt wird. Träger des Ermittlungsverfahrens ist die örtlich zuständige Staatspolizei(leit)stelle. Träger der politischen Vorentscheidung das örtlich zuständige Gaugericht.

***Zu a)** Vorweg ist klarzustellen, ob der oder die Täter etwa der Partei, einer Gliederung oder einem der Partei angeschlossenen Verbande angehören.*

Gegebenenfalls sind alle weiteren Ermittlungen im engsten Einvernehmen mit dem örtlich zuständigen Gaugericht durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen Fälle, in denen neben Parteigenossen usw. auch "Nichtparteigenossen" verwickelt sind. Weiter sind gleichzeitig bei der zuständigen Strafregisterbehörde für sämtliche Beteiligte die Vorstrafen zu erholen, (Einschließlich jener Vorstrafen, die etwa bereits der beschränkten Auskunft unterliegen) und, in wichtigen Fällen, eine allgemeine Beurteilung sowohl in politischer als auch in krimineller und persönlicher Hinsicht einzufordern.

***Zu b)** Die Ermittlungen zur Feststellung des Tatbestandes müssen zum Ziele haben eine möglichst objektive und wahrheitsgemäße Rekonstruktion des Sachverhaltes. Ergeben sich im Verlauf der Ermittlungen Schwierigkeiten, so ist zunächst im Benehmen mit dem Gaugericht zu versuchen, sie zu beseitigen. Falls diese Bemühungen ergebnislos sein sollten, ist mir mittels Fernschreibens Bericht zu erstatten. Soweit erforderlich, kann zur Klärung des Tatbestandes die örtliche zuständige Kripo(leit)stelle um Unterstützung angegangen werden. Dies gilt insbesondere für den Erkennungsdienst. Zur Feststellung des Tatbestandes gehört auch die Ausmittelung noch nicht abgelieferter Sachwerte.*

***Zu c)** Auf die genaue Klärung der Beweggründe muß ganz besonders Wert gelegt werden. Scheiden idealistische Motive aus, ist die Art der verbrecherischen Beweggründe genauestens festzustellen (Eigennutz, Sadismus, Brutalität usw.). Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß an sich idealistische Motive zunächst keine Berücksichtigung finden können, wenn die Art und Weise der Durchführung der Tat ein unmenschliches Verhalten erkennen läßt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Klärung und Feststellung der etwa gegebenen Befehle.*

2. Um zu erreichen, daß tatsächlich auch alle Fälle erfaßt werden, ist mit den zuständigen Staatsanwaltschaften und Kripo(leit)stellen in Verbindung zu treten mit der Bitte um Überlassung der etwa dort vorhandenen Anzeigen oder Akten. Gegenstand der Ermittlungen sind grundsätzlich alle unter Ziffer 1 aufgeführten Übergriffe. Dazu gehören auch jene Fälle, die etwa von den Staatsanwaltschaften bereits eingestellt worden sind.

3. Etwa erforderlich erscheinende Festnahmen sind, falls es sich um Angehörige der Partei usw. handelt, vorher mit dem Gaugericht eingehendst zu erörtern. Falls die Festgenommenen zur Weiterführung der Untersuchung dort nicht mehr benötigt werden, sind sie nach vorheriger Rückfrage beim Geheimen Staatspolizeiamt -- II H -- unverzüglich im Einzeltransport nach hier zu überstellen. In allen übrigen Fällen ist grundsätzlich so zu verfahren, daß Nichtparteigenossen usw. keineswegs schlechter gestellt werden wie Mitglieder der Partei usw.

4. Nach Abschluß der Ermittlungen ist mit dem Gaugericht in eine nochmalige Überprüfung des nunmehr festgestellten Sachverhalts einzutreten. In den Fällen der Tötung, der besonders schweren Körperverletzung oder der besonders schweren Erpressung sind auf jeden Fall die Ermittlungsakten nach Abschluß des Vorentscheidungsverfahrens durch das Gaugericht unverzüglich dem Geheimen Staatspolizeiamt -- Referat II H -- einzusenden. Die politische Vorentscheidung des Gaugerichtes ist beizufügen. Wie die Gaurichter persönlich verantwortlich sind für die schnellste Durchführung des Feststellungsverfahrens sind mir die Leiter der Staatspolizei-(leit)stellen verantwortlich für die schnellste Durchführung aller erforderlichen Ermittlungen in diesen besonders schweren Fällen. Tötungsdelikte sind ohne weiteres als besonders schwere Fälle anzusehen. Über die Ergebnisse aller übrigen Fälle ist lediglich zu berichten.

Die abschließende Stellungnahme des Gaugerichtes und die Art der Erledigung des Verfahrens muß aus dem Bericht hervorgehen.

5. Erpresser und Plünderer, welche aus Eigennutz gehandelt haben und insbesondere einschlägig vorbestraft sind, sind auf jeden Fall festzunehmen und nach Abschluß der Ermittlungen dem Gericht zu überstellen. Auf Ziffer 3 wird Bezug genommen.

6. Sittlichkeitsverbrecher sind ohne weiteres festzunehmen und nach Klärung des Sachverhaltes im Einvernehmen mit dem zuständigen Gaugericht dem Ermittlungsrichter vorzuführen.

7. Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Zerstörungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen sind grundsätzlich nicht zu verfolgen.

8. Bis zum 15.12.38 spätestens legen mir die Staatspolizei(leit)stellen ein Verzeichnis aller Fälle vor, welche nach den gegebenen Richtlinien zu verfolgen sind. Dieses Verzeichnis hat zu enthalten: Tatzeit und -ort, Personalien des oder der Täter, ihre Zugehörigkeit zur Partei usw., ihre Vorstrafen und eine kurze Schilderung des Sachverhalts. Soweit über Einzelfälle schon berichtet, kann -- sofern inzwischen keine neuen Tatbestandsmerkmale bekannt geworden sind -- auf diese Berichte ohne weitere Ausführungen Bezug genommen werden. Eine Fristverlängerung kann ich nicht gewähren.

gez. Heydrich
Chef der Sicherheitspolizei -- PP (II)

Analyse dieses angeblichen Fernschreibens

Auch dieses Fernschreiben ist eine Fälschung! Es enthält zu viele **(1)** Stilwidrigkeiten und **(2)** sachliche Fehler.

(1) Stilwidrigkeiten

Unter **"zu b)"**:

> *"Die Ermittlungen zur Feststellung des Tatbestandes müssen zum Ziele haben eine möglichst objektive und wahrheitsgemäße Rekonstruktion des Sachverhaltes."*

"Die Ermittlungen zur Feststellung des Tatbestandes" heißt im deutschen: "Die Ermittlungen". -- *"müssen zum Ziele haben eine ..."* heißt anders als im englischen bei uns: "müssen eine ... zum Ziel haben", besser: "müssen ... ermöglichen". Der ganze Satz hieße im deutschen: "Die Tatbestände (besser: "Sachverhalte", in jedem Fall aber Plural) sind wahrheitsgemäß zu ermitteln". *"müsse eine Rekonstruktion zum Ziele haben"* ist kein deutscher Sprachgebrauch. Solche Anweisungen gibt es nicht.

Nächster Satz:

> *"Ergeben sich im Verlauf der Ermittlungen Schwierigkeiten, so ist zunächst im Benehmen mit dem Gaugericht zu versuchen, sie zu beseitigen."*

Im deutschen *"beseitigt"* man keine Schwierigkeiten, sondern man "überwindet" sie. -- *"Im Benehmen mit dem Gaugericht"*, -- so pflegt man sich in Deutschland nicht auszudrücken, allenfalls hieße es "im Einvernehmen mit ...". "Benehmen" ist gepflegtes Verhalten, aber nicht Zusammenarbeit.

Nächster Satz:

> *"Zur Feststellung des Tatbestandes gehört auch die Ausmittelung noch nicht abgelieferter Sachwerte."*

Die wiederholte Formulierung: *"Feststellung des Tatbestandes"* belegt -- abgesehen vom ständig falsch verwendeten Singular -- mangelnden Wortschatz. Im deutschen würde man auf "Vorgänge, Sachverhalte, Tathergänge, Geschehen", ganz zuletzt erst auf "Tatbestände" verweisen, jedenfalls aber in einer Anweisung, die mehrere Personen erreicht und betrifft, die Mehrzahl verwenden. Was eigentlich soll man unter *"Ausmittelung"* verstehen? Doch nicht etwa "Ablieferung, Aushändigung"? Kurioser geht es kaum!

Dann sind da *"Vorstrafen zu erholen"* (unter **"zu a"**), anstatt "Auszüge aus dem Vorstrafenregister anzufordern". Ein unverkennbarer Fälschungsfehler!

Die mehrmals wiederholten superlativen Floskeln wie: *"muß ganz besonders Wert gelegt werden"*, *"genauestens festzustellen"*, *"eingehendst zu erörtern"*, *"grundsätzlich"* (4 x), *"besonders schweren"* (4 x), *"schnellste Durchführung"* (2 x) sind für eine eilbedürftige Dienstanweisung unrealistisch. Sie muten dem Empfänger zu, selbst darüber zu fabulieren, wann eine Körperverletzung "besonders schwer", "schwer", strafbar oder wegen *"idealistischer Motive"* nicht zu verfolgen oder über sie *"nur zu berichten"* ist oder auch dies nicht einmal.

(2) Sachliche Fehler

*** Unter 1.:**

Die Anweisung am 10. Dezember, daß *"unverzüglich ("anläßlich der Judenaktion im November") ... eingehende Ermittlungen einzuleiten sind ..."*, ist sinnwidrig. Solche Anweisungen sind schon 4 Wochen früher erteilt worden! Man will doch wohl nicht behaupten, die Polizei sei 4 Wochen ohne Anweisungen und untätig geblieben?

Im Normalfall lautet eine analoge Dienstanweisung, Strafdelikte festzustellen -- was darunter zu verstehen ist, wissen die Beamten selbst --, Täter festzunehmen und dem Dienstherrn über die Ergebnisse der Ermittlungen zu berichten. So einfach ist das. Nirgendwo wartet man 4 Wochen auf eine solche Anweisung!

Da kann es nicht um *"etwa erforderlich erscheinende Festnahmen, die, falls es sich um Angehörige der Partei usw. handelt, vorher mit dem Gaugericht eingehendst zu erörtern sind"* (Punkt 3.), gehen, sondern um sofortiges Handeln, denn nur so können Verbrechen *"unverzüglich"* verhindert werden, was ja schon Anliegen des Dienstherrn 4 Wochen früher war.

Außerdem sollte (Punkt 3) *"in allen übrigen Fällen grundsätzlich so verfahren werden, daß Nichtparteigenossen usw.* (was heißt hier eigentlich *"usw."*?) *keineswegs schlechter gestellt werden wie* (anstatt "als") *Mitglieder der Partei usw."*, -- obgleich unter "**Zu a)**" *"vorweg klarzustellen ist, ob der oder die Täter etwa der Partei, einer Gliederung oder einem der Partei angeschlossenen Verbande angehören"*. Was soll denn die Polizei nun machen: *"Vorweg"* die Parteizugehörigkeit überprüfen oder *"in allen Fällen außer Festnahmen"* alle gleich behandeln und *"vorweg"* Straftaten verhindern?

* Die Anweisung ist auch deshalb weitgehend unsinnig, denn was Polizeikräfte *"zur Feststellung des Tatbestandes"* betreffend Tötungs-, Körperverletzungs-, Erpressungs-, Plünderungsdelikte benötigen, das haben sie längst in ihrer Dienstausbildung gelernt. Dazu bedarf es bei der Vielzahl der in Frage kommenden Delikte keiner speziellen Order, die bekanntmacht, daß *"auch die Ausmittelung noch nicht abgelieferter Sachwerte dazugehört"*.

* *"Ein Verbrechen (oder Vergehen) der Tötung, der schweren Körperverletzung ..."* -- solches ("Vergehen"?) zu formulieren kann ebenso nur einem Fälscher in den

64) Bundesarchiv Koblenz: R 58/276, - 169. " Abschrift aus den Akten der Staatspolizeistelle Würzburg". Diese Maschinen-Abschrift ist unbeglaubigt.

Sinn kommen wie *"In Fällen, in denen ein Verbrechen ... wider die Sittlichkeit oder der Plünderung vorliegt"*. Denn dies alles ist weder deutsch noch sachgerecht.

💣* Der Chef der Sicherheitspolizei hatte den Gaugerichten weder Anweisungen zu erteilen, daß diese "die politischen Vorentscheidungen zu treffen hätten", noch konnte er ihnen eine Frist setzen. Binnen 5 Tagen sollten bekanntlich ihre *"Vorentscheidungen"* als auch ihre *"abschließende Stellungnahmen"* vorliegen. Irre!

💣* Wie soll ein Gaugericht *"Schwierigkeiten"* bei den Ermittlungen *"beseitigen"* helfen? So etwas entspricht nicht seiner Aufgabe. Es kann doch nur einer ermitteln, zumeist der Staatsanwalt. Ein Gaugericht hätte im übrigen bei Überprüfung der Ermittlungsakten dieselben *"Schwierigkeiten"*, nur auf Grund Personalmangels viel weniger Möglichkeiten, sie *"zu beseitigen"*.

💣* Unter **"zu c)"**:

> *"Auf die genaue Klärung der Beweggründe muß ganz besonders Wert gelegt werden. Scheiden idealistische Motive aus, ist die Art der verbrecherischen Beweggründe genauestens festzustellen (Eigennutz, Sadismus, Brutalität usw.)"*

"Idealistische Motive" in Verbindung zu bringen mit *"Tötung, Körperverletzung, Erpressung, Plünderung"* ist schon Schwachsinn in sich. Hierfür bedarf es keiner Beweisführung. Die Polizei hat keine *"genaueste Klärung der Beweggründe"*, sondern Straftatbestände festzustellen. Auch hat sie ihre Untersuchungen nicht von Motiven der Täter abhängig zu machen.

Die im vorliegenden Text vorgenommene umfunktionierende Aufsplittung verbrecherischen Handelns auch in idealistisch motiviertes Tun ist absolut undeutsch, durch nichts belegt, hingegen typisch für die Methode der Gesamtdiffamierung des deutschen Volkes, dem man unterstellt, unter dem Deckmantel oder Ausnutzung von Idealismus verbrecherische Verschwörungen gegen Menschheit und Zivilisation angezettelt und normale Rechtsmaßstäbe auf den Kopf gestellt zu haben.

💣* **Unter 2.:**

> *"Gegenstand der Ermittlungen sind grundsätzlich alle unter Ziffer 1 aufgeführten Übergriffe. Dazu gehören auch jene Fälle, die etwa von den Staatsanwaltschaften bereits eingestellt worden sind."*

Den ersten Satz hat der Empfänger am Anfang schon einmal gelesen. Diese Doppelung macht nur für einen Fälscher Sinn, der hervorzuheben wünscht, was völlig widersinnig zum Anliegen der gesamten Weisung im Punkt 7. steht, daß *"Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Zerstörungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen grundsätzlich nicht zu verfolgen sind"*.

Schändungen jüdischer Friedhöfe hat es im Dritten Reich nicht gegeben, sie wären auch strafbar gewesen!

Niemandem ist plausibel zu machen, weshalb Erpressung (*"ein Verbrechen der Erpressung"* = undeutscher Ausdruck!) -- eine solche könnte die Polizei ohnehin nicht sofort feststellen -- zu bestrafen, Brandstiftung hingegen nicht zu verfolgen sei.

Auch der 2. Satz ist widersinnig. Denn wenn die Staatsanwaltschaft ein Verfahren bereits eingestellt hat, so mußten dafür schon Ermittlungen vorgelegen haben. Sie nun noch einmal beginnen zu sollen, wäre der Dummheit zuviel.

💣* **Unter 4.:**

> *"Die politische Vorentscheidung des Gaugerichtes ist beizufügen. ... Die abschließende Stellungnahme des Gaugerichtes und die Art der Erledigung des Verfahrens muß aus dem Bericht hervorgehen."*

Wie könnte sich der arbeitsüberlastete Heydrich noch mit *"politischen Vorentscheidungen"* belasten, wenn *"die abschließende Stellungnahme aus dem Bericht hervorgehen muß"*? Auch das ist närrisch!

💣* **Unter 5.:**

> *"Erpresser und Plünderer, welche aus Eigennutz gehandelt haben und insbesondere einschlägig vorbestraft sind, sind auf jeden Fall festzunehmen."*

Gibt es Erpresser und Plünderer, die etwa nicht aus Eigennutz handeln? Soll der Polizist vor Ort womöglich *"idealistische Motiven"* bei solchen Delikten entdecken? Wenn solche Leute aber *"auf jeden Fall festzunehmen sind"*, wie soll sich der arme Ordnungshüter aber verhalten, wenn ihm gleichzeitig aufgetragen wird, daß *"etwa erforderlich erscheinende Festnahmen, falls es sich um Angehörige der Partei usw. handelt, vorher mit dem Gaugericht eingehendst zu erörtern sind"* (Punkt 3.)?

💣* "Brandstiftungen ... Zerstörungen von Synagogen ... sind grundsätzlich nicht zu verfolgen." -- Als ob Taten, anstatt Täter *"zu verfolgen"* sind!

Und für alles das = 5 Tage Zeit. *"Eine Fristverlängerung kann ich nicht gewähren"*.

Auch das war stümperhafte Fälscher-Arbeit!



"Also sprach Dr. Goebbels: Laßt uns aufs neue Brände entfachen, auf daß die Verblendeten nicht erwachen!"

Ulrike Höster-Philipps, "Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945 Dokumente", Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1978, S. 185.

Üble Fotomontage, üble Zitaterfindung, üble Einführung zum Thema, übler Mißbrauch zur Vorstellung von Dokumenten.

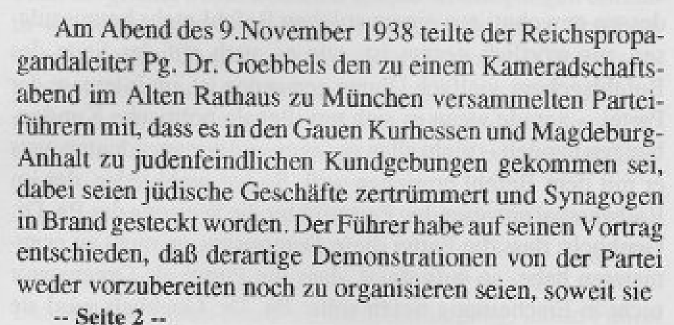
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Oberstes Parteigericht

Der Chef des Zentralamts
Akt. No.: 47
Geheim!

München 33
Fernruf 50812 - 50815, 50825
Zeichen: Schn/R. den 23.2.1939
Geheim!

BUCH

Bericht über die Vorgänge und parteigerichtlichen Verfahren, die im Zusammenhang mit den antisemitischen Kundgebungen vom 9. November 1938 stehen



Am Abend des 9.November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie

-- Seite 2 --

spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten. Im übrigen führte Pg. Dr. Goebbels sinngemäss aus, was in dem Fernschreiben der Reichspropagandaleitung vom 10.11.1938, 12 Uhr 30 bezw. 1 Uhr 40 niedergelegt ist (Anlage 2).

Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach aussen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort -- also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens -- von einem grossen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben.

Am 10.11.1938 erging

1 Uhr 20 das als Anlage 1 beiliegende Fernschreiben der Geheimen Staatspolizei an die Staatspolizei- und Staatspolizeileitstellen,

1 Uhr 40 das Rundschreiben des Reichspropagandaleiters (Anlage 2),

2 Uhr 56 das Rundschreiben des Stabes des Stellvertreters des Führers (Anlage 3), das Brandlegungen an jüdischen Geschäften verbietet.

Das Rundschreiben des Stabes des Stellvertreters des Führers vom 10.11.1938,

15 Uhr 15 (Anlage 4) stellt fest, dass die Partei keine Verantwortung für die Aktionen trägt und macht den Parteidienststellen zur Pflicht, ihr Verhalten

-- Seite 3 --

entsprechend einzurichten und etwa notwendige Anweisungen nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Gauleiter zu erlassen.

Ende November 1938 erhielt das Oberste Parteigericht durch Meldungen mehrerer Gaugerichte davon Kenntnis, dass es bei Durchführung der Demonstrationen vom 9.11.1938 in erheblichem Umfang u.a. zu Plünderungen und Tötung von Juden gekommen war, die bereits Gegenstand polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Untersuchungen waren. Der Stellvertreter des Führers teilte die Auffassung des Obersten Parteigerichts, dass die bekanntgewordenen Ausschreitungen jedenfalls zunächst von der Gerichtsbarkeit der Partei zu untersuchen seien:

1. wegen des offenbaren Zusammenhanges der zu beurteilenden Vorgänge mit den Weisungen, die der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels während des Kameradschaftsabends im Rathaus-Saal gegeben hatte. Ohne Nachprüfung und Würdigung dieser Zusammenhänge schien eine gerechte Beurteilung der Täter nicht möglich. Diese Prüfung konnte aber nicht unzähligen staatlichen Gerichten überlassen werden, zumal die Kundgebungen inzwischen in der Öffentlichkeit als spontan aus der Volksstimmung heraus entstanden dargestellt waren;

2. muss es nach Auffassung des Obersten Parteigerichts grundsätzlich unmöglich sein, dass politische Straftaten, die primär das Interesse der Partei berühren, die -- sei es auch nur vom Standpunkt des Täters aus -- als illegale Massnahmen von der Partei gewollt sind, von den staatlichen Gerichten festgestellt und abgeurteilt werden, ohne

-- Seite 4 --

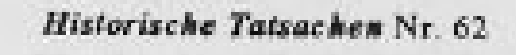
dass die Partei die Möglichkeit hat, sich vorher durch ihre eigenen Gerichte Klarheit über die Vorgänge und Zusammenhänge zu verschaffen, um gegebenenfalls rechtzeitig den Führer um Niederschlagung der Verfahren vor den staatlichen Gerichten bitten zu können. Aus solchen Erwägungen hat der Generalfeldmarschall Pg. Göring als Beauftragter des Führers Geheime Staatspolizei und Parteigerichtsbarkeit mit der Untersuchung der Ausschreitungen betraut.

Das Oberste Parteigericht hat sich die Untersuchungen der Tötungen, schweren Misshandlungen und Sittlichkeitsverbrechen vorbehalten. Auf Grund der staatspolizeilichen Ermittlungen wurden von dem in zweifacher Besetzung tätigen Sondersenat des Obersten Parteigerichts im Schnellverfahren die bis zum 17.1.1939 ermittelten Fälle mit Hauptverhandlungen abgeschlossen. Gauleiter und Gruppenführer der Gliederungen haben als Schöffen bei den Verhandlungen und Entscheidungen mitgewirkt. Die Entscheidungen, die aus später zu behandelnden Gründen z.Tl. nur die Feststellungen des Tatbestandes enthalten, liegen an.

1.) der Pg. Frey Heinrich, Parteimitglied seit 1932, wohnhaft in Rheinhausen, Horst-Wessel-Strasse 23, wurde aus der Partei ausgestossen wegen Sittlichkeitsverbrechens und Rassenschande, begangen an der 13jährigen jüdischen Schülerin Ruth Kalter. Frey ist in Haft und dem Strafgericht überstellt (Anlage 5).

-- Seite 5 --

2.) Der Pg. Gerstner Gustav, Parteimitgliedsnummer



3.135.242, SA-Oberscharführer, wohnhaft in Niederwern, z.Zt. Landgerichtsgefängnis Würzburg, wurde aus der NSDAP und SA ausgeschlossen wegen Diebstahls. Gerstner ist in Haft und dem staatlichen Gericht überstellt wegen Verdachts der Rassenschande (Anlage 6). ...[65)]

4.) Der Pg. Norgall Franz, Parteimitgliedsnummer 342.751, SA-Sturmführer, wohnhaft in Heilsberg (Ostpr.), Neuhöferstr. 58, wurde mit Verwarnung und dreijähriger Aberkennung der Ämterfähigkeit bestraft wegen Disziplinwidrigkeit, Tötung der jüdischen Eheleute Seelig in Heilsberg, entgegen gegebenem Befehl (Anlage 8).

5.) Der Pg. Rudnik Rudolf, Parteimitgliedsnummer 162.948, SA-Sturmbannführer z.V., wohnhaft in Dessau, Zerbsterstrasse 3/0, wurde mit Verwarnung und Aberkennung der Ämterfähigkeit auf die Dauer von 3 Jahren bestraft wegen Erschiessung des 16jährigen Juden Herbert Stein nach beendeter Aktion entgegen gegebenem Befehl (Anlage 9).

-- Seite 6 --

In den folgenden Fällen der Tötung von Juden wurden die Verfahren eingestellt oder geringfügige Strafen ausgesprochen.

6.) der Pg. Frühling August, Parteimitgliedsnummer ca. 4.188.000, SA-Scharführer, wohnhaft in Lesum, Deichweg 132, und der Mahlstedt Bruno, SA-Rottenführer, wohnhaft in Lesum, wegen Erschiessung des jüdischen Ehepaares Goldberg und wegen Erschiessung des Juden Sinasohn (Anlage 10). ...[65)]

11.) Die Pgg. Schmidt Heinrich, Parteimitgliedsnummer 746.215, SS-Obersturmführer, wohnhaft in Lünen, Kirchstrasse 22, und Meckler Ernst, Parteimitgliedsnummer 2.792.904, Blockleiter, wohnhaft in Lünen, Kirchstrasse 46, wegen Ermordung des Juden Elsoffer durch Ertränken (Anlage 15). ...[65)]

-- Seite 8 --

In den Fällen 3 - 16 bittet das Oberste Parteigericht den Führer, die Verfahren vor den staatlichen Strafgerichten niederzuschlagen.

Der Herr Reichsminister der Justiz ist von dieser Bitte und den ihr zugrunde liegenden Entscheidungen des Obersten Parteigerichts in Kenntnis gesetzt.

In den Fällen 4 - 16 handelt es sich um Tötungen auf Befehl, aufgrund unklaren oder vermeintlichen Befehls, ohne Befehl aus Hass gegen den Juden und aus der Auffassung heraus, dass nach dem Willen der Führung Rache genommen werden sollte für den Tod des Pg. vom Rath, oder um Tötung aufgrund

-- Seite 9 --

plötzlichen aus der Situation heraus in der Erregung gefassten Entschlusses, wobei auch der innere Grund der erklärte Zweck der ganzen Aktion war, und die Vorstellung, daß in irgendeiner Form Vergeltung für den Pg. vom Rath geübt werden sollte.

Soweit ein klarer Befehl vorliegt (Anlagen 10, 11 und 20), bedarf die Bitte um Niederschlagung des Verfahrens gegen die unmittelbaren Täter keiner weiteren Begründung. Der Befehl muss die Verantwortung verlagern vom Handelnden auf den Befehlsgeber. Die Männer haben zudem vielfach schwerste innere Hemmungen niederkämpfen müssen, um den Befehl durchzuführen. Es ist -- wie auch verschiedentlich vonseiten der Täter zum Ausdruck gebracht wurde -- eben nicht Sache unserer SA- und SS-Männer, nachts in Räuberzivil in Schlafzimmer einzudringen, um selbst den verhassten politischen Gegner neben oder mit seiner Frau zu erledigen.

Die Nachprüfung der Befehlsverhältnisse hat ergeben, dass in all diesen Fällen ein Mißverständnis in irgend einem Glied der Befehlskette entstanden ist, insbesondere dadurch, dass es dem aktiven Nationalsozialisten aus der Kampfzeit selbstverständlich ist, dass Aktionen, bei denen die Partei nicht als Organisator in Erscheinung treten will, nicht mit letzter Klarheit und in allen Einzelheiten befohlen werden. Er ist infolgedessen gewohnt, aus einem solchen Befehl mehr herauszulesen, als wörtlich gesagt ist, wie es auch auf der Seite des Befehlsgebers vielfach Übung geworden ist, im Interesse der Partei -- gerade wenn es sich um illegale politische Kundgebungen handelt -- nicht alles zu sagen und nur anzudeuten, was er mit dem Befehl erreichen will. So hat wohl jeder, der im Rathaussaal anwesenden Parteiführer die Weisung des Pg. Dr. Goebbels, dass die Partei diese Demonstration nicht zu organisieren habe, so aufgefasst, dass die Partei als Organisator nicht in Erscheinung treten solle; Pg. Dr. Goebbels wird sie auch so gemeint haben, denn die politisch interessierten und darüber hinaus aktiven Kreise, die für solche Demonstrationen in Frage kommen, stehen eben in der Partei und ihren Gliederungen. Sie konnten selbstverständlich auch nur durch Dienststellen der Partei und der Gliederungen mobilisiert werden. -- So hat auch eine Reihe

-- Seite 10 --

von Unterführern die an sie mündlich oder fernmündlich gelangten, nicht immer sehr glücklich formulierten Befehle -- z.B.: Nicht der Jude Grünspan, das ganze Judentum trage die Schuld an dem Tod des Pg. vom Rath, das Deutsche Volk nehme infolgedessen Rache am gesamten Judentum, im ganzen Reich brennten die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte seien zu verwüsten, Leben und Eigentum der Arier müsse geschützt, ausländische Juden dürften nicht belästigt werden, die Aktion werde auf Befehl des Führers durchgeführt, die Polizei sei zurückgezogen, Pistole sei mitzubringen, bei geringstem Widerstand sei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen, als SA-Mann müsse nun jeder wissen, was er zu tun habe usw. -- so verstanden, dass nun für das Blut des Pg. vom Rath Judenblut fliessen müsse, dass es jedenfalls nach dem Willen der Führung auf das Leben eines Juden nicht ankomme. (Anlage 10, Bl.5 ff, Anlage 20 und Anlage 11, Bl 5 ff.)

Es ist selbstverständlich, dass unter den geschilderten Umständen auch der unklare Befehl die Verantwortung nach oben verschieben muss. Das gleiche gilt für den falsch verstandenen Befehl (Anlage 11, Fall Heike, und Anlage 12).

Eine andere Frage ist die, ob der absichtlich unklar, in der Erwartung gegebene Befehl, der Befehlsempfänger werde den Willen des Befehlsgebers erkennen und danach handeln, nicht im Interesse der Disziplin der Vergangenheit angehören muss. In der Kampfzeit mochte er in einzelnen Fällen notwendig sein, um einen politischen Erfolg herbeizuführen, ohne dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Urheberschaft der Partei

65) Es werden analoge Fälle aufgezählt, die für die Analyse des Berichts jedoch unerheblich sind. -- Die im Bericht bezeichneten Anlagen 4 - 15, also die einzelnen "Parteigerichtsentscheidungen nebst Begründungen" (die Anlagen 2 - 3 waren nicht aufzuspüren), befinden sich als Mikrofilm-Reproduktionen im Bundesarchiv Koblenz unter dem Az: NS 36/13. Sie sind von demselben Fälscherteam produziert worden, das den "Parteigerichtsbericht" auf dem Gewissen hat. Die Beweisführung für diese Behauptung können wir aus Platzgründen erst in den *HT* Nr. 65 vortragen.

nachzuweisen. Dieser Gesichtspunkt fällt heute weg. Auch die Öffentlichkeit weiss bis auf den letzten Mann, daß

-- Seite 11 --

politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muss das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei. Der Soldat aber darf nicht in die Lage gebracht werden, Überlegungen anzustellen, was er nun eigentlich nach dem Willen des Befehlsgebers zu tun habe, ob der Befehl auch wirklich so gemeint sei, wie er lautet; denn möglicherweise kommen solche Überlegungen einmal in wichtigen Angelegenheiten zu einem falschen Ergebnis oder es werden Überlegungen angestellt, wenn der Befehlsgeber den Befehl nun wirklich wörtlich aufgefasst und durchgeführt wissen will. In jedem Fall aber wird dadurch die soldatische und damit nationalsozialistische Auffassung von Disziplin und Verantwortung untergraben.

Auch in den Fällen, in denen Juden ohne Befehl (Anlage 13, 14 und 15) oder befehlswidrig (Anlage 8 und 9) getötet wurden, konnten unlautere Motive nicht festgestellt werden. Die Männer waren innerlich der Überzeugung, ihrem Führer und der Partei mit ihrer Tat einen Dienst getan zu haben. Ein Ausschluss aus der Partei ist deswegen nicht erfolgt. Denn letzter Zweck der durchgeführten Verfahren und damit auch Maßstab für die Beurteilung muss nach Auffassung des Obersten Parteigerichts sein, diejenigen Parteigenossen zu decken, die aus anständiger nationalsozialistischer Haltung und Einsatzbereitschaft über das Ziel hinausgeschossen waren, und auf der anderen Seite einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen der Partei und denjenigen, die den völkischen Freiheitskampf der Partei gegen das Judentum in schnöder Weise

-- Seite 12 --

zu persönlichen Zwecken missbraucht oder darüber hinaus aus verbrecherischen Motiven gehandelt haben. Es ist infolgedessen auch in den Fällen befehlswidrigen Vorgehens lediglich die Disziplinwidrigkeit mit Strafen, die unter dem Ausschluss liegen, geahndet worden. ...

Der Bericht über das bisherige Ergebnis der Verfahren wird vorgelegt einmal, »weil« die polizeilichen Ermittlungen in den übrigen (insgesamt »91«) Fällen von Tötungen noch nicht abgeschlossen sind, zum anderen, weil das bisherige Ergebnis -- was insbesondere Beweggründe und Zusammenhänge betrifft -- einen Ausschnitt und Überblick geben dürften, in Sonderheit aber, weil der Senat künftig davon absehen möchte, Verfahren wegen Tötungen von Juden im Rahmen der Aktion vom 9.11.38 überhaupt durchzuführen, wenn nicht aufgrund der polizeilichen Ermittlungen der Verdacht besteht, «dass eigennützige oder verbrecherische Beweggründe« vorliegen. Der Inhalt dieses Berichts begründet diese Auffassung. Darüber hinaus hat die letzte Hauptverhandlung in der Sache Schenk ergeben, dass der erste bekanntgewordene Fall der Tötung eines Juden, und zwar des polnischen Staatsangehörigen, dem Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels am 10.11.1938 etwa gegen 2 Uhr gemeldet und dabei der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, dass etwas geschehen müsse, um zu verhindern, dass die ganze Aktion auf eine gefährliche Ebene abglitte. Pg. Dr. Goebbels hat nach der Aussage des stellvertretenden Gauleiters von München-Oberbayern sinngemäss darauf geantwortet, der Melder solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen, in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen. In diesem Zeitpunkt hätten sich die meisten Tötungen durch eine ergänzende Anordnung noch verhindern lassen. Wenn dies nicht geschah, so muss aus dieser Tatsache wie aus der Äusserung an sich schon der Schluss gezogen werden, dass der schliessliche Erfolg gewollt, mindestens aber als möglich und erwünscht in Rechnung gestellt wurde. Dann hat aber der einzelne Täter nicht nur den vermeintlichen, sondern zwar unklar zum Ausdruck gebrachten, aber richtig erkannten Willen der Führung in die Tat umgesetzt. Dafür kann er nicht bestraft werden.

Schneider[68]

Analyse des "Parteigerichtsberichts"

Dieser Parteigerichtsbericht wurde Hermann Göring angeblich am 13. Februar 1939 per Anschreiben von Walter Buch, dem obersten Parteirichter, zur Kenntnis gegeben. Auf einem anderen Stück Papier hatte sich Göring seinerzeit schriftlich bedankt.[66] In Nürnberg 1945/46 wurde dies als Bestätigung des vorgelegten Berichts gewertet. Dabei war es so einfach, das damals authentische Schreiben durch ein Falsifikat auszutauschen.

Hermann Göring wurde während eines Verhörs vor dem IMT dieser Text übergeben, in Eile befragt, ob dies und jenes in jenem Parteigerichts-Bericht stünde. Göring bestätigte dies kurz, nachdem er Mühe hatte, die jeweils richtige Seite zu finden. Dann wurde rasch dies Thema mit einer eingelegten Pause abgebrochen.[67] Anschließend ergoß sich über dem Angeklagten ein Sturzbach anderer Anklagethemen, so daß an ein ernsthaftes Analysieren durch die Verteidigung nicht zu denken war. Deshalb können auch die Antworten Görings hierzu nicht als sachgerechte Aussagen gewertet werden.

66) IMT, Band VI, S. 78, 18.12.1945. -- Zur physischen und psychologischen Situation der Angeklagten schrieb Werner Maser in "Nürnberg -- Tribunal der Sieger", München 1979, S. 113 - 117:
"Hunger und Kälte zermürbten die Häftlinge körperlich und geistig. Ermüdungs- und Verfallserscheinungen waren die Folge. Praktisch kamen die Gefangenen nur 2 - 3 x in der Woche aus der verbrauchten, stickigen Luft des Gefängnisbaues heraus."

67) IMT Bd. IX, S. 579 - 581.

68) IMT XXXII S. 20 - 29 -- 3063-PS.
PS steht für "Paris Storey", benannt nach dem us-amerikanischen Obersten Robert G. Storey, der die Fälscherzentrale der amerikanischen Abteilung für psychologische Kriegführung in Paris leitete, und die offiziell als Dokumentensammelzentrale fungierte. Oberst Robert G. Storey trat gleichzeitig als einer der US-Ankläger im Nürnberger Militärtribunal auf und war sich darüber im klaren, daß kein einziges "Dokument", was von seiner Dienststelle an das Nürnberger Militärtribunal geliefert wurde, von diesem Tribunal auf seine Echtheit hin überprüft werden durfte. Sein Inhalt zählte grundsätzlich als *"allgemein bekannte historische Tatsache, die von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmen"* war. (Artikel 21 des Londoner Protokolls vom 8.8.1945) -- Schneider steht für Stabsleiter Ludwig Schneider, eh. Stellvertreter von Walter Buch. Er ist während des Krieges als Leutnant des Heeres gefallen (Auskunft des Sohnes von Walter Buch). Zu unterstellen ist, daß die Fälscher dieses "Dokumentes" das gewußt haben. Und damit sind wir wieder bei Sefton Delmer angelangt: Möglichst einem Toten etwas in den Mund legen. *"Nur er allein hätte die Urheberschaft überzeugend abstreiten können, und er war tot."*: "Die Deutschen und ich" aaO. S. 549 + 497, 590, 617, 682.